



LANDKREISTAG KOMPAKT

Mitteilungen des Bayerischen Landkreistags

Ausgabe Nr. 5/2025



Kommunaler Finanzausgleich 2026 (v.l.): Landrat Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirktags, Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Markus Pannermayr, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Albert Füracker, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Josef Zellmeier, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Bernhard Pohl, Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Foto: StMFH)

56. Landrätetagung des Bayerischen Landkreistags in Kronach: Zwischen politischem Weckruf und kommunalem Schulterschluss S. 23

Bayerische und Baden-württembergische Landkreise fordern rasche Finanzhilfen und Kurskorrektur in der Krankenhauspolitik des Bundes – Gemeinsame Präsidiumssitzung in Waiblingen (Rems-Murr-Kreis) S. 6

Der kommunale Omnibus: Forderungen für eine Entlastungsagenda der EU, die vor Ort ankommt S. 20

**Editorial** 4**Aktuell**

Neues Internetportal „__GELOGEN!?“ 6

Bayerische und Baden-württembergische Landkreise fordern rasche
Finanzhilfen und Kurskorrektur in der Krankenhauspolitik des Bundes –
Gemeinsame Präsidiumssitzung in Waiblingen (Rems-Murr-Kreis) 6Bürokratie abbauen – Kommunen stärken! Kommunale Spitzenverbände
im Ministerrat 10

Ergebnisse des kommunalen Finanzausgleichs 2026 11

Automobilbranche, Energie & Zukunft – Insights aus dem Ausschuss
für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag 13Wochen des Kampfes um die Krankenhäuser und die Gesundheits-
versorgung in der Fläche – Flächendeckender Widerstand gegen die
Budgetdeckelung 15Bayerische Landräte zu Gast im Medizinischen Zentrum SOGESUND –
Fachtagung zeigt Wege für die Zukunft kleiner und mittlerer Kliniken
auf 16Gemeinsam gegen Cyberbedrohungen: Eine SOC-Lösung für Bayerns
Landratsämter 18Der kommunale Omnibus: Forderungen für eine Entlastungsagenda
der EU, die vor Ort ankommt 20**Landrätetagung**56. Landrätetagung des Bayerischen Landkreistags in Kronach: Zwischen
politischem Weckruf und kommunalem Schulterschluss 23„We have a deal“ – 4,7 Milliarden Euro mehr für Bayerns Kommunen in
2026 aus dem kommunalen Finanzausgleich und dem Sondervermögen
Infrastruktur (von Albert Füracker, Staatsminister der Finanzen und für
Heimat) 25Gemeinsame Antworten auf neue Herausforderungen
(von Tanja Schorer-Dremel, MdL, stellvertretende Vorsitzende der
CSU-Landtagsfraktion) 28Starke Kommunen sind Garantie für gleichwertige Lebensverhältnisse in
Bayern (von Bernhard Pohl, MdL, Erster Stellvertretender Vorsitzender
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion) 30Zukunftsfähigkeit für Bayerns Kommunen: Was jetzt getan werden muss
(von Tim Pargent, MdL, finanzpolitischer Sprecher und stellvertretender
Vorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag) ... 31Gleiche Chancen in Bayern – Für gleichwertige Lebensverhältnisse im
ganzen Land (von Holger Gießhammer, MdL, Vorsitzender der
SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag) 33



Die Welt im Umbruch: Welchen Beitrag kann die kommunale Ebene zur Resilienz unserer Demokratie leisten? (von Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung)	34
Impressionen	37

Aus den Landkreisen

Gemeinsam für eine digitale Zukunft: Acht bayerische Landkreise setzen gemeinsam Maßstäbe im ÖGD-Pakt	56
Landkreis Dachau widmet Charlotte Knobloch einen Baum am neuen Gymnasium in Karlsfeld	57
Treffen der Altlandräte und Regierungspräsidenten	59
Landkreis Unterallgäu will Gemeinden beim Bau von wichtigen Radwegen weiter unterstützen	60
Senioren: Austausch über Landesgrenzen hinweg	61
Landkreis Hof macht Digitalisierung erlebbar – InnovationsRAUM und Website hoferland-digital.de zeigen die digitale Zukunft des Landkreises	62
„Mit Kleinkind willkommen“ in Landkreis und Stadt Aschaffenburg – Unterstützung „von Anfang an“	64
Neue Integrierte Leitstelle im Landkreis Ansbach setzt Maßstäbe	67
Keep Water 4 Later: Schon heute Wasser für morgen speichern	69
Vorreiter bei der digitalen Verwaltung – Landkreis Regensburg ist Pilotkommune	72
Personalien	74

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags
Sarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



natureOffice.com/DE-077-953312

Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

ein bewegtes Jahr 2025 neigt sich dem Ende zu – ein Jahr, das uns als kommunale Familie enorm gefordert, aber auch in unserer gemeinsamen Stärke verbunden hat. Für die bayerischen Landkreise war es ein Jahr der klaren Worte, der notwendigen Mahnungen, aber auch eines beachtlichen Zusammenhalts.

Krankenhauspolitik: Die kommunale Ebene hält die Stellung

Mit besonderer Deutlichkeit haben die bayerischen Landrätinnen und Landräte auf der 56. Landrätetagung in Kronach die Krankenhauspolitik des Bundes kritisiert. Die kurzfristige vom Bundeskabinett beschlossene Aussetzung der sog. Meistbegünstigungsklausel nur wenige Tage nach dem erhofften Ausgleich der Inflationskosten für die Jahre 2022/23 bedroht die wirtschaftliche Stabilität zahlreicher Kliniken im Freistaat. Diese Entscheidung fällt in eine Zeit, in der viele Häuser ohnehin am Limit arbeiten. Sie ignoriert die Realität vor Ort – dort, wo kommunale Träger längst um jedes Versorgungsangebot kämpfen und die Bevölkerung zurecht sichere und erreichbare medizinische Leistungen erwartet. Der Bayerische Landkreistag hat deshalb unmissverständlich klar gemacht: Ein kalter Strukturwandel darf nicht zum Instrument der Gesundheitspolitik werden.

Wir werden weiterhin darauf drängen, dass Verlässlichkeit in der Politik unabdingbar ist – auch und gerade bei unseren Krankenhäusern.

Kommunalfinanzen: Verbesserungen – aber keine Entwarnung

Auch die finanzielle Lage der Landkreise hat uns in diesem Jahr intensiv beschäftigt. Die Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2026 haben wichtige Entlastungen gebracht und der Freistaat Bayern hat sich einmal mehr als verlässlicher Partner erwiesen:

- ein höherer kommunaler Anteil am Steuerverbund,
- deutliche Verbesserungen bei den Bezirkszuweisungen.

Das sind Schritte in die richtige Richtung – und dennoch bleibt die Realität herausfordernd. Die Sozialausgaben steigen weiter rasant, Personal- und Energiepreise belasten die Haushalte, und notwendige Investitionen in Digitalisierung, Infrastruktur und Mobilität dulden keinen Aufschub. Die strukturelle Schieflage der Kreisfinanzen hat sich verfestigt. Der steigende Kreisumlage-



Landrat Thomas Karmasin
Präsident des Bayerischen Landkreistags



Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

satz vieler Landkreise zeigt, wie eng die finanziellen Spielräume mittlerweile geworden sind. Der Bayerische Landkreistag wird deshalb auch im kommenden Jahr mit Nachdruck auf bundesgesetzliche Entlastungen drängen – besonders im Bereich der Sozialgesetzgebung.

Bürokratieabbau: Erste Fortschritte – aber ein weiter Weg

Von zentraler Bedeutung bleibt der Abbau von Bürokratie und unnötigen Standards. Unter anderem der Austausch im Ministerrat am 21. Oktober war ein wichtiger Schritt. Die Arbeit der Kommission zur Überprüfung staatlicher Standards zeigt erste Verbesserungen:

- einfacheres Förderrecht,
- effizientere fachliche Prüfungen,
- angepasste technische und soziale Standards.

Doch die entscheidenden Fragen – die Reduktion von Aufgaben, verlässliche Pauschalierungen, praxistaugliche Verfahren – stehen weiterhin aus. Wir bleiben hartnäckig. Denn Kommunen brauchen keine zusätzlichen Regeln, sondern mehr Freiraum, um Probleme pragmatisch lösen zu können und das insbesondere, um unsere Wirtschaft zu unterstützen.

Unsere Landkreise: Kraftzentren für Bayern

Was dieses Jahr jedoch besonders deutlich gezeigt hat: Die bayerischen Landkreise waren, sind und bleiben Innovationsmotoren, Rückgrate der Versorgung und Lebensraumgestalter. Ob Digitalisierung, Klimaschutz, Mobilität, medizinische Versorgung oder familienfreundliche Angebote: In allen 71 Landkreisen gibt es Projekte, die Mut machen. Sie zeigen, wie kreative Ideen, engagierte Mitarbeitende und regionale Verbundenheit zusammenwirken.

Auch die Beiträge dieser Ausgabe spiegeln genau das wider:

- Wie Landkreise digitale Verwaltungen und Gesundheitsämter modernisieren.
- Wie sie Mobilitäts- und Infrastrukturprojekte anschieben.
- Wie soziale Angebote gestärkt und neue Formen der Bürgernähe gelebt werden.
- Wie Tradition und Fortschritt miteinander verbunden werden.

Unsere Landkreise sind Kraftzentren, weil sie nah an den Menschen sind. Weil sie wissen, was vor Ort gebraucht wird. Und weil sie – oft trotz schwieriger Rahmenbedingungen – jeden Tag Lösungen schaffen, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Blick nach vorn: 2026 wird ein bedeutendes Jahr

Mit den Kommunalwahlen am 8. März steht ein Jahr bevor, das die Zukunft der kommunalen Ebene prägen wird. Gerade in herausfordernden Zeiten ist eine starke kommunale Selbstverwaltung unverzichtbar. Denn Demokratie lebt im Alltag der Städte, Märkte und Gemeinden – und ihre Stabilität hängt maßgeblich von handlungsfähigen Landkreisen ab.

Zum Jahresabschluss danken wir allen, die sich in diesem Jahr für unsere Landkreise eingesetzt haben – in den Verwaltungen, in den politischen Gremien, in den vielfältigen Institutionen und Ehrenämtern. Ihr Engagement ist es, das unser Land zusammenhält.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Lieben eine friedvolle Weihnachtszeit, Momente der Erholung und einen guten Start in ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2026.

Ihr

Thomas Karmasin

Ihre

Andrea Degl

Neues Internetportal „_GELOGEN!?

Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration hat Anfang November ein neues Internetportal gelauncht:

_GELOGEN?!?

Lass dich **nicht** manipulieren

Die sicherheitspolitische Lage stellt uns alle vor neue Herausforderungen. Vielfältige Formen der Einflussnahme wie von außen gesteuerte Desinformationskampagnen, das Verbreiten von Verschwörungstheorien sowie Hass und Hetze fordern Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft heraus. Sie haben das Potenzial, das Vertrauen in unsere Institutionen zu erschüttern sowie das gesellschaftliche Klima negativ zu beeinflussen und stellen somit eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Es ist deshalb wichtig, auf allen Ebenen diesen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten und durch Information und Aufklärung resilient zu werden.

Das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration hat zu diesem Zweck das Internetportal unter

dem Logo „_GELOGEN?! Lass Dich nicht manipulieren“ entwickelt, das die Öffentlichkeit über die Themen Desinformation und Verschwörungstheorien informiert. Es fungiert als zentrale „Informationsbörse“ für verlässliche Informationen zu „Desinformation und Verschwörungstheorien“ und verlinkt zu externen Informationsangeboten und Partnern.

Besonders im Fokus stehen dabei die Auswirkungen von Desinformation und Verschwörungstheorien auf jeden Einzelnen und die Gesellschaft sowie psychologische Wirkmechanismen, die jedermann betreffen. Darüber hinaus enthält das Portal Tipps zum Umgang mit Desinformation und Verschwörungstheorien sowie konkrete Beispiele: <https://www.lass-dich-nicht-manipulieren.de/>

Bayerische und Baden-württembergische Landkreise fordern rasche Finanzhilfen und Kurskorrektur in der Krankenhauspolitik des Bundes – Gemeinsame Präsidiumssitzung in Waiblingen (Rems-Murr-Kreis)

Bei ihrer gemeinsamen Präsidiumssitzung am 22. Oktober 2025 in Waiblingen forderten die Landkreistage Baden-Württemberg und Bayern vom Bund und den Ländern entschlossene Schritte zur Stabilisierung der Kommunal- und Krankenhausfinanzen. Beide Präsidenten – Landrat Dr. Achim Brötel (Baden-Württemberg und Deutscher Landkreistag) (Neckar-Odenwald-Kreis) sowie Landrat Thomas Karmasin (Bayerischer Land-

kreistag) (Fürstentumbruck) – warnten vor gravierenden Folgen für die kommunale Daseinsvorsorge.

KOMMUNALFINANZEN: LANDKREISE AM LIMIT

„Das Finanzloch der Kommunen wird immer größer. Auch die Landkreise in Baden-Württemberg und Bayern wissen nicht mehr ein noch aus. So sehen sie sich

Karmasin: „Landkreise brauchen eine solide finanzielle Basis und Planungssicherheit, um Zukunft gestalten zu können“

beispielsweise schon jetzt gezwungen, den öffentlichen Nahverkehr zurückzufahren, obwohl sie ihn über Jahre hinweg im Sinne des Klimaschutzes bewusst gestärkt haben. Dies ist komplett widersinnig. Zwar erkennen die Länder zunehmend das Ausmaß der kommunalen Finanznot an, doch ist vielerorts noch völlig offen, wie die dringend notwendige finanzielle Entlastung konkret aussehen wird. Die entscheidenden Gespräche mit dem Freistaat Bayern stehen dort noch aus. Es braucht jetzt kurzfristig, ohne weiteres Zögern, eine entschiedene und nachhaltige Stabilisierung der Kommunalfinanzen. Dazu gehört die Verdreifachung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer ebenso wie die Rückkehr zur vollständigen Übernahme der Unterkunfts- und Heizkosten für die SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Fluchthintergrund. Andernfalls wird ein Landkreis nach dem anderen in die finanzielle Handlungsunfähigkeit abrutschen – mit drastischen Konsequenzen für die kommunale Daseinsvorsorge, den sozialen Zusammenhalt und die Akzeptanz unseres demokratischen Gemeinwesens“, betonten Brötel und Karmasin aus Anlass einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien beider Landkreistage.

Karmasin: Landkreise an der Grenze ihrer Belastbarkeit

Karmasin, der zugleich Vizepräsident des Deutschen Landkreistags ist, betonte, dass die Landkreise inzwischen an ihre Belastungsgrenzen stoßen: „Die Landkreise sind das Rückgrat unseres Gemeinwesens. Sie sichern soziale Daseinsvorsorge, Mobilität, Bildung und medizinische Versorgung vor Ort. Dafür brauchen sie eine solide finanzielle Basis und Planungssicherheit. Nur so können sie Zukunft gestalten und Verantwortung übernehmen. Doch die Kreishaushalte stehen unter massivem Druck. Die Ausgaben steigen in nahezu allen Bereichen – von der Sozial- und Jugendhilfe über die Personalkosten bis hin zu Defizitausgleichen bei Krankenhäusern und im öffentlichen Nahverkehr. Gleichzeitig bricht vielen Landkreisen die Einnahmehasis weg. Der durchschnittliche Kreisumlagesatz liegt inzwischen vielerorts über 50 Prozent. Das zeigt: Den Landkreisen bleiben kaum noch eigene Gestaltungsspielräume.“

Brötel: Sozialstaat neu strukturieren und zielgenauer ausrichten

Dr. Brötel, der zugleich Präsident des Deutschen Landkreistags ist, erklärte ferner: „Allerdings erwarten wir vom Bund nicht nur zusätzliche Finanzmittel. Denn uns ist durchaus klar, dass die öffentlichen Gelder endlich sind. Umso wichtiger ist es, bei der Neuausrichtung des Sozialstaats weiterzukommen. Eben weil wir zum Sozialstaat stehen, drängen wir darauf, dass er zukunfts- und zukunftsfest aufgestellt wird.“

Dabei geht es um Vereinfachung im Sinne von mehr Pauschalierung statt überbordender Einzelfallgerechtigkeit, um konsequente Digitalisierung anstelle von Formularwust. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch: Allein dadurch wird es nicht gelingen, die Ausgabendynamik im Sozialbereich zu brechen. Entscheidend ist daher auch, Sozialleistungen auf bedürftige Menschen zu konzentrieren. Bürger mit vergleichsweise hohen Einkommen oder Vermögen sollten



V.l.n.r.: Simone Borchardt, MdB, gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Gesundheitsausschuss des Bundestags, Christina Stumpp, MdB, stellvertretende Generalsekretärin der CDU, Landrat Dr. Richard Sigel (Rems-Murr-Kreis), Landrat Dr. Achim Brötel (Präsident Landkreistag Baden-Württemberg und Deutscher Landkreistag), Landrat Thomas Karmasin (Präsident Bayerischer Landkreistag) (Fürstenfeldbruck), Landrat Thomas Habermann (Erster Vizepräsident Bayerischer Landkreistag) (Rhön-Grabfeld)

nicht in den Genuss steuerfinanzierter Sozialleistungen etwa im Bereich des Elterngelds oder des Angehörigenunterhalts kommen können. Eigenverantwortung muss unbedingt wieder einen höheren Stellenwert erhalten.“

Dr. Brötel: „Wir müssen bei der Neuausrichtung des Sozialstaats endlich weiterkommen.“

Konkrete finanzpolitische Forderungen an Bund und Länder

Die Landkreise fordern daher vom Bund und den Ländern eine faire und aufgabengerechte Finanzierung:

- „Wer anschafft, der zahlt“ – neue gesetzliche Leistungen des Bundes müssen vollständig gegenfinanziert werden.
- Eine Sozialstaatsreform, die Standards überprüft und die kommunale Finanzierbarkeit sicherstellt.
- Verdreifachung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer und Rückkehr zur vollständigen Übernahme der Unterkunfts- und Heizkosten für die SGB II-Bedarfsgemeinschaften mit Fluchthintergrund.

Warnung vor dem Verlust kommunaler Handlungsfähigkeit

Beide Landkreistagspräsidenten machten deutlich, dass ohne entschlossenes Handeln die kommunale Handlungsfähigkeit ernsthaft gefährdet ist: „Die Landkreise übernehmen tagtäglich Verantwortung für die Menschen vor Ort – von der Jugendhilfe bis zur Daseinsvorsorge. Wenn die Finanzierungsgrundlagen weiter erodieren, stehen zentrale Leistungen des Staates auf dem Spiel. Der Bund muss jetzt handeln – nicht irgendwann.“

KLINIKEN IN NOT: PROTEST GEGEN EINSEITIGES SPARPAKET ZU LASTEN DER KRANKENHÄUSER

Süddeutsche Kliniken besonders stark betroffen

„Die finanzielle Situation der Krankenhäuser ist dramatisch. Besonders betroffen sind die Kliniken in Baden-Württemberg und Bayern, weil ihre Kosten – etwa für Personal, Energie und medizinische Materialien – deutlich höher liegen als in anderen Bundesländern. Gleichzeitig erhalten sie pro Behandlung weniger

Geld aus den bundesweiten Vergütungssystemen als viele andere Kliniken. Umso härter trifft das jüngst vom Bundeskabinett beschlossene Sparpaket die Krankenhäuser gerade im Süden. Die bayerischen und baden-württembergischen Landkreise erwarten, dass dieses unausgewogene Sparpaket grundlegend korrigiert wird. Ansonsten öffnet sich die Kosten-Erlös-Schere für die Patientenversorgung“, erklärten der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Dr. Achim Brötel (Neckar-Odenwald-Kreis), und der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstentumbruck)

Karmasin: Bruch politischer Zusagen und massiver Schlag gegen kommunale Träger

Karmasin kritisierte die Entscheidung des Bundes scharf: „Mit dem am 15. Oktober verabschiedeten Sparpaket vollzieht die Bundesregierung eine Kehrtwende in der Krankenhauspolitik. Noch am 2. Oktober war vereinbart worden, dass die Krankenhäuser einen vollen Inflationsausgleich für die Jahre 2022 und 2023 erhalten – ein zentraler Bestandteil des Kompromisses zwischen Bund und Ländern, um das Überleben vieler Kliniken bis zur Krankenhausreform zu sichern. Diese Zusage jetzt durch eine Deckelung der Budgets faktisch wieder aufzuheben, ist ein Schlag ins Gesicht der kommunalen Träger. Damit schickt die Bundesregierung die Krankenhäuser erneut in einen kalten Strukturwandel. Das Prinzip ‚Wer bestellt, bezahlt‘ wird dabei völlig missachtet – die Kommunen dürfen am Ende nicht die Zeche zahlen.“

Thomas Karmasin: „Die Bundesregierung schickt die Krankenhäuser in einen kalten Strukturwandel – und gefährdet damit die medizinische Versorgung vor Ort.“

Brötel: Lohnniveau, Effizienz und Infrastruktur müssen berücksichtigt werden

Dr. Brötel betonte ferner: „Die baden-württembergischen Landkreise sind schlichtweg nicht mehr in der Lage, die absurd hohen Klinikdefizite zu tragen. Gemeinsam unter anderem mit der Landeskrankengesellschaft BWKG haben sie daher einen dreifachen Appell an die Bundespolitik gerichtet. Erstens muss das hierzulande hohe Lohn- und Preisniveau endlich

bei der Krankenhausvergütung berücksichtigt werden. Zweitens muss die in Baden-Württemberg besonders effiziente Krankenhausstruktur vergütungserhöhend berücksichtigt werden. Drittens muss die Krankenhausinfrastruktur auch bei Leistungsschwankungen verlässlich finanziert werden; insbesondere darf den Kliniken bei Leistungsabsenkungen nicht mehr Geld entzogen werden, als ihnen bei Leistungssteigerungen zuerkannt wurde. Denn so wie es ist, kann es auf keinen Fall bleiben, wenn die Patientenversorgung auch morgen noch flächendeckend und qualitativ gesichert werden soll.“

Drohende Folgen für die Versorgungssicherheit

Die Landkreise warnen eindringlich vor den Folgen der Entscheidung:

- drohende Unterfinanzierung zentraler Versorgungsleistungen,
- steigende Zahl an Krankenhausinsolvenzen,
- wachsende Belastung insbesondere der ländlichen Regionen durch wegbrechende medizinische Angebote.

„Statt kurzfristiger Sparmaßnahmen brauchen wir endlich eine verlässliche, faire und planbare Finanzierung

der Daseinsvorsorge – gerade in Zeiten, in denen die kommunale Ebene ohnehin am Limit arbeitet“, betonten Brötel und Karmasin übereinstimmend.

Dr. Achim Brötel: „Landkreise können die absurd hohen Klinikdefizite nicht mehr schultern.“

Rems-Murr-Kreis zeigte sich von seiner besten Seite

Der Rems-Murr-Kreis präsentierte sich bei der gemeinsamen Präsidialsitzung des Bayerischen Landkreistags und des Landkreistags Baden-Württemberg in Waiblingen als hervorragender Gastgeber – allen voran Landrat Dr. Richard Sigel, der die Delegationen mit großer Herzlichkeit und spürbarem Engagement willkommen hieß. Die Gespräche mit den Gästen aus Bundespolitik und Verwaltung profitierten von der offenen, gastfreundlichen Atmosphäre, die Dr. Sigel und sein Team geschaffen hatten. Ein besonderes Highlight war die Führung durch das moderne Erweiterungsgebäude des Landratsamts mit seinem innovativen 3-Zonen-Konzept – ein eindrucksvolles Beispiel für gelebte Verwaltungsmodernisierung im Kreis.



Die Mitglieder der Präsidien des Bayerischen Landkreistags und des Landkreistags Baden-Württemberg mit Christina Stumm und Simone Borchardt

Bürokratie abbauen – Kommunen stärken!

Kommunale Spitzenverbände im Ministerrat

Am 21. Oktober nahm Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, gemeinsam mit den Spitzen der kommunalen Verbände an der Ministerratssitzung in der Bayerischen Staatskanzlei teil. Im Fokus: Verwaltungsreformen und Entbürokratisierung.

Die Kernbotschaften der Landkreise

- Zu viel Energie muss in unnötige Vorschriften gesteckt werden.
- Seit Jahren fordern sie den Abbau von Aufgaben, Standards und Bürokratie.
- Zahlreiche Vorschläge des Bayerischen Landkreistags zeigen Wege, wie Kommunen handlungsfähiger werden können.
- Bestehende Gesetze und Sozialstandards müssen überprüft werden, damit Kommunen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.
- Pauschalierungen statt individueller Ansprüche könnten den bürokratischen Aufwand verringern.
- Beim Bundes-Sondervermögen: 70 % der Investitionen laufen über die Kommunen – hier soll das Geld schnell, unbürokratisch und effektiv eingesetzt werden, um die Wirtschaft zu stärken.

Ergebnisse der Kommission

Die Kommission zur Überprüfung staatlicher Standards liefert erste konkrete Fortschritte:

- Förderrecht vereinfacht: schnellere Projektstarts, weniger fachliche Prüfungen.
- Baustandards & Sozialstandards optimiert: mehr Verantwortung für Prüfsachverständige, effizientere Prozesse.
- Dissenspunkte bleiben: Aufgabenreduzierung, Widerspruchsverfahren, Abrechnung von Sozialleistungen und Zuständigkeiten – hier muss weiter gearbeitet werden.



V. l. n. r.: Landrat Franz Löffler, Cham, Präsident des Bayerischen Bezirktags, Eva Weber, Oberbürgermeisterin Augsburg, Maximilian Gotz, Oberbürgermeister Erding, Landrat Thomas Karmasin, Fürstfeldbruck, Präsident des Bayerischen Landkreistags

Fazit

Die Arbeit der Kommission bringt spürbare Fortschritte, aber der Weg zu weniger Bürokratie und mehr Handlungsspielraum für die Kommunen ist noch nicht zu Ende. Die Landkreise bleiben dran – für starke Kommunen und eine effiziente Verwaltung!

Ergebnisse des kommunalen Finanzausgleichs 2026

Von Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Die Kommunalen Spitzenverbände haben sich am 30.10.2025 mit Staatsminister Albert Füracker, MdL, und Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, im Beisein der Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags, MdL Josef Zellmeier und MdL Bernhard Pohl, sowie von Staatsminister Hubert Aiwanger, MdL, über den kommunalen Finanzausgleich 2026 verständigt. Zudem wurde eine Einigung über den Kommunalanteil am Sondervermögen Infrastruktur des Bundes im Rahmen des Doppelhaushalts 2026/2027 erzielt.

Im Vorfeld haben der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Landkreis Fürstentfeldbruck, sowie der Ausschuss für Finanzen und Sparkassen beim Bayerischen Landkreistag mit dem Ausschussvorsitzenden Landrat Stefan Röble, Landkreis Donau-Ries, u.a. bei der Landkreisversammlung am 07.05.2025 mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, bei der Ausschusssitzung mit Staatsminister Albert Füracker, MdL, am 03.06.2025, beim Austausch des Ausschusses mit den Koalitionsarbeitskreisen für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport im Bayerischen Landtag am 14.10.2025 sowie bei der

Landrätetagung am 16.10.2025 im Austausch mit Staatsminister Albert Füracker, MdL, die strukturelle Schieflage der Kreisfinanzen verdeutlicht. Die Landkreise haben angesichts deutlich steigender Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich, eine substanzielle Aufstockung der finanziellen Mittel durch den Freistaat sowie einen konsequenten Abbau von Aufgaben und Standards auf Bundes- und Landesebene gefordert. Die Herausforderungen für die Kommunalfinanzen können nur gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Landtag bewältigt werden.

Als Ergebnis des Spitzengesprächs steigen die **Finanzausgleichsleistungen 2026** um 7,1 % bzw. 845,8 Mio. € auf insgesamt 12,83 Mrd. €. Die darin enthaltenen **reinen Landesleistungen** steigen gegenüber dem Vorjahr um 7,4 % bzw. 855,5 Mio. € auf 12,38 Mrd. €. Der **Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund** wird im **Jahr 2026** um 0,3 Prozentpunkte auf **13,3 %** und im **Jahr 2027** um weitere 0,2 Prozentpunkte auf **13,5 %** angehoben. Dadurch ergibt sich eine dauerhafte strukturelle Verbesserung für die Kommunen. Der Kommunalanteil steigt dadurch innerhalb kurzer Zeit um 0,75 Prozentpunkte, von 12,75 % (2024) auf 13,5 % (2027).



Austausch des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen beim Bayerischen Landkreistag mit den Koalitionsarbeitskreisen für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport im Bayerischen Landtag am 14.10.2025, u.a. mit Landrat Thomas Karmasin, Fürstentfeldbruck, Präsident des Bayerischen Landkreistags (vorne sitzend 2. v.l.), Landrat Stefan Röble, Donau-Ries, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen (vorne sitzend 3. v.l.), Josef Zellmeier, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag (vorne sitzend, Mitte) und Bernhard Pohl, MdL, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (vorne sitzend 4. v.r.)

Zum **Kommunalanteil am Sondervermögen Infrastruktur** des Bundes wurde ein **Korridor von 60 - 70 %** über die gesamte Laufzeit des Sondervermögens vereinbart. Im **Jahr 2026** werden den Kommunen **rd. 3,9 Mrd. € (davon 2,9 Mrd. € über mehrere Jahre abrufbar)** sowie im **Jahr 2027** weitere **rd. 1,1 Mrd. €** aus dem Sondervermögen bereitgestellt.

Die Einigungen stehen unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung durch den Bayerischen Landtag.

Wesentliche Ergebnisse des Spitzengesprächs sind:

- Die **Schlüsselzuweisungen** steigen 2026 um rd. 131,1 Mio. € auf 4,98 Mrd. € (+ 2,7 %). Die Landkreisschlüsselzuweisungen steigen von 1.747,9 Mio. € in 2025 auf 1.793,4 Mio. € (+ 45,5 Mio. €).
- Die **Landratsämter** erhalten für die Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs im **Doppelhaushalt 2026/2027** insgesamt **248,5 neue Stellen**.
- Die Mittel für die **Förderung des kommunalen Hochbaus** (Art. 10 BayFAG) werden auf **1,37 Mrd. €** erhöht. Die zusätzlichen 300 Mio. € stammen aus dem Sondervermögen Infrastruktur des Bundes. **Zusätzlich** ist eine **Pauschale** in Höhe von 10 % der regulären Zuweisungen zur Verringerung der kommunalen Eigenanteile vorgesehen. Hierfür werden bereits im Jahr 2026 für die kommenden vier Jahre Mittel in Höhe von insgesamt 900 Mio. € bereitgestellt.
- Der Ansatz für die **Krankenhausinvestitionsförderung** wird auf dem Niveau von 800 Mio. € fortgeführt. Hinzu kommen im Jahr 2026 Bundesmittel in Höhe von 100 Mio. € aus dem Sondervermögen Infrastruktur, durch die eine Erhöhung der Krankenhausumlage im Jahr 2026 abgewendet werden konnte. Die **Krankenhausumlage 2026** reduziert sich abrechnungsbedingt um 9,8 Mio. € (- 2,4 %) auf 397,4 Mio. €.
- Die **Zuweisungen an die Bezirke** werden um **480 Mio. € bzw. 57,4 %** auf **1,3 Mrd. €** erhöht. Damit wird die Finanzausstattung der Bezirke gestärkt und die Umlagezahler werden entlastet.
- Die **allgemeinen Finanzzuweisungen** nach **Art. 7 BayFAG** für staatliche und übertragene Aufgaben belaufen sich 2026 auf insgesamt rd. 953 Mio. € (+ 4,6 % bzw. + 42 Mio. €). Die Mittel für die **Finanzzuweisungen** nach **Art. 9 BayFAG** werden aufgrund der voraussichtlichen Einwohnerentwicklung und der Ergebnisse des Zensus 2022 um 1,0 Mio. € auf 69,5 Mio. € angepasst.

- Der **Grunderwerbsteuerverbund** verzeichnet 2026 voraussichtlich einen Anstieg um 86,5 Mio. € auf 763,0 Mio. €, beim **Einkommensteuersersatz** wird mit einer Erhöhung um 39,1 Mio. € auf 822,0 Mio. € gerechnet. Es handelt sich dabei um Schätzbeträge auf Basis der Herbst-Steuerschätzung 2025. Die Beteiligung der Kommunen richtet sich nach dem tatsächlichen örtlichen Aufkommen 2026.
- Der Ansatz für die **Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen** wird 2026 um 50 Mio. € auf 150 Mio. € erhöht. Finanziert wird diese Erhöhung aus staatlichen Haushaltsmitteln. Zusätzlich wird der Ansatz im Jahr 2026 mit Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur in Höhe von 100 Mio. € verstärkt.
- Die Ansätze für die **ÖPNV-Investitionsförderung** (76,1 Mio. €), die **Straßenbauförderung** nach BayGVFG (160,0 Mio. €) und die **ÖPNV-Betriebskostenförderung** (94,3 Mio. €) werden auf dem bisherigen Niveau fortgeführt.
- Die Mittel für die **Investitionspauschale** bleibt 2026 unverändert auf dem Niveau von 446 Mio. €. Daneben wird aus Mitteln des Sondervermögens Infrastruktur ein **neues, pauschales Investitionsbudget** für die Kommunen geschaffen. Hierfür werden Mittel in Höhe von **2,0 Mrd. €** bereitgestellt (davon **400 Mio. € für die Landkreise**), welche je nach Bedarf im Jahr 2026 oder in den kommenden Jahren bei Umsetzung investiver Maßnahmen abgerufen werden können.
- Die Mittel für die Härtefallförderung für den Bau von **Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen** werden von 165 Mio. € auf 215 Mio. € erhöht. Die zusätzlichen 50 Mio. € stammen aus dem Sondervermögen Infrastruktur des Bundes. Diese Förderung kommt vor allem kleineren Gemeinden im ländlichen Raum zugute.
- Die Mittel für die **Schülerbeförderung** werden 2026 um 20 Mio. € auf 320 Mio. € erhöht (+ 6,7 %). Damit kann das landesdurchschnittliche Ausgleichsniveau von 60 % gehalten werden.

Im Hinblick auf die ungebrochene Ausgabendynamik bestand beim Spitzengespräch zudem Einigkeit, dass **Aufgaben und Standards** weiter auf den Prüfstand gestellt werden müssen und die begonnene **Strukturbedebatte** fortgesetzt werden muss. Hier besteht vor allem auf Bundesebene dringender Handlungsbedarf.

Fazit:

Die **Kommunal финанzen** befinden sich unverändert in einer **strukturellen Schieflage**. Alle wesentlichen Ausgaben steigen deutlich stärker als die Einnahmen. Durch die Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke um 480 Mio. € (+ 57,4 %) auf rd. 1,3 Mrd. € können die **Bezirksumlageerhöhungen 2026 jedoch spürbar abgefedert** werden. Die **Anhebungen des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund** um 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2026 auf 13,3 % und weitere 0,2 Prozentpunkte im Jahr 2027 auf 13,5 % bedeuten eine dauerhafte strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzen. Der Kommunalanteil steigt dadurch innerhalb kurzer Zeit um 0,75 Prozentpunkte, von 12,75 % (2024) auf 13,5 % (2027). Nach jeweils 71 zusätzli-

chen **staatlichen Stellen** in 2024 und 2025 erhalten die **Landratsämter** für die Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben im Doppelhaushalt 2026/2027 weitere 248,5 neue Stellen.

Durch die Verwendung der Mittel aus dem **Sondervermögen Infrastruktur** für den **kommunalen Hochbau** können die Abfinanzierungen verbessert und kommunale Eigenanteile reduziert werden. Die Mittelverwendung aus dem Sondervermögen für die Krankenhausinvestitionen **verhindert eine Erhöhung der Krankenhausumlage im Jahr 2026**. Die aus den Mitteln des Sondervermögens vorgesehenen **pauschalen Investitionsbudgets** für die Jahre 2026 – 2029 (400 Mio. € für die Landkreise) ermöglichen einen möglichst unbürokratischen Mittelabruf.

Automobilbranche, Energie & Zukunft

Insights aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag

Am 21. Oktober 2025 fand im Haus der bayerischen Landkreise in München die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr des Bayerischen Landkreistags (BayLkT) statt. Unter dem Vorsitz von Landrat Franz Löffler, Cham, diskutierten die Ausschussmitglieder zentrale Themen, die für die wirtschaftliche Stärke, die Mobilität und die Energieversorgung Bayerns von entscheidender Bedeutung sind.

Wirtschaftliche Lage in Bayern und Automobilbranche

Ein Schwerpunkt der Sitzung war die wirtschaftliche Situation Bayerns, insbesondere die Lage der Automobilindustrie, die für den Freistaat von strategischer Bedeutung ist. Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw), informierte die Ausschussmitglieder über die aktuellen Herausforderungen und Chancen der Branche. Trotz einer konjunkturellen Abkühlung bleibt die Automobilindustrie ein zentraler Wirtschaftsmotor: Über 350.000 Beschäftigte und ein Jahresumsatz von rund 140 Milliarden Euro zeigen die wirtschaftliche Tragweite. Gleichzeitig steht die Branche unter Druck durch steigende Energie- und Produktionskosten, globalen Wettbewerb und die notwendige Transformation hin zur Elektromobilität. Die Diskussion verdeutlichte, dass die bayerische Automobilbranche nicht nur ein bedeu-

tender Arbeitgeber ist, sondern auch ein wesentlicher Treiber für Innovation, regionale Wertschöpfung und Exportstärke.

Energiepolitik und erneuerbare Energien

Ein weiterer zentraler Tagesordnungspunkt war die Energiepolitik, insbesondere die geplanten Vorhaben der Bundesregierung zur Umsetzung der Energiewende. MdB Dr. Andreas Lenz (CSU), energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, tauschte sich mit den Ausschussmitgliedern über den Status quo und die zukünftigen energiepolitischen Maßnahmen aus. Der Bayerische Landkreistag betonte in diesem Zusammenhang erneut seine Position für einen mengenbezogenen, regional gesteuerten und technologieoffenen Ausbau erneuerbarer Energien. Wichtig sind dabei:

1. Kohärenz und sektorübergreifende Planung,
2. Regionale Steuerung und kommunale Beteiligung,
3. Sektorenkopplung und Synchronisierung von Netzausbau und EE-Ausbau,
4. Schaffung verlässlicher Investitionsbedingungen bei gleichzeitigem Kostenbewusstsein.

Das Ziel des Bayerischen Landkreistags ist eine resiliente, effiziente und akzeptanzorientierte Energiewende, die die Kommunen nicht überfordert und gleichzeitig Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit gewährleistet.

Die Rolle des Bayerischen Landkreistags – Vermitteln und Gestalten

Der Ausschuss verdeutlichte einmal mehr die wichtige Vermittler- und Gestalterrolle des Bayerischen Landkreistags (BayLkT). Durch die enge Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Politik und Kommunen trägt der BayLkT dazu bei, dass politische Entscheidungen praxisnah, regional angepasst und wirtschaftlich tragfähig umgesetzt werden.

Insbesondere in Bezug auf die Energiewende fordert der BayLkT eine stärkere dezentralisierte und regional strukturierte Umsetzung, die die vorhandenen kommunalen Ressourcen und Stärken berücksichtigt. Nur so können Netz- und Infrastrukturkosten gesenkt, Investitionen gesichert und die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht werden.

Fazit

Die bayerischen Landkreise setzen auf Innovation, Mobilität und nachhaltige Energieversorgung, auch in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Kommunen, Wirtschaft und Politik müssen gemeinsam Lösungen finden, um den Freistaat zukunftsfähig, wettbewerbsstark und klimafreundlich zu gestalten. Der Bayerische Landkreistag wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass wirtschaftliche Interessen, Mobilität und Energiepolitik miteinander verzahnt werden – immer mit Blick auf die Bedürfnisse der Landkreise und der Bürger in Bayern.



V.l.n.r.: Ausschussvorsitzender Landrat Franz Löffler, Cham, MdB Dr. Andreas Lenz, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (vbw)

Wochen des Kampfes um die Krankenhäuser und die Gesundheitsversorgung in der Fläche – Flächendeckender Widerstand gegen die geplante Budgetdeckelung

Als am 15. Oktober 2025 das Bundeskabinett die Streichung des Inflationsausgleichs für Krankenhäuser beschloss, war für den Bayerischen Landkreistag sofort klar: Die Entscheidung bedroht die medizinische Versorgung, besonders in ländlichen Regionen. Bis zur nächsten Sitzung des Bundesrates am 21. November, in der über die Aussetzung der Meistbegünstigungsklausel entschieden werden sollte, begann eine intensive Phase des Widerstands – getragen von der geschlossenen Front aller 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte.

Ein deutliches Signal aus Kronach

Bereits bei der 56. Landrätetagung am 15./16. Oktober im Landkreis Kronach setzten die Landräte ein starkes Zeichen. Im Gespräch mit Thorsten Frei, MdB, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, machten sie deutlich, dass die Bundesregierung mit der Budgetdeckelung einen Rückschritt in der Krankenhauspolitik vollzieht. Die Tagung begann entsprechend mit einem klaren Protest: Die Aussetzung der sog. Meistbegünstigungsklausel bedeutete, dass Kliniken in Stadt und Land plötzlich mit Millionenverlusten rechnen mussten – nur wenige Tage nachdem der Bund den Kliniken noch 4 Mrd. € Ausgleich für die Inflationskosten aus den Jahren 2022/23 zugesichert hatte. Zur finanziellen Entlastung der gesetzlichen Krankenkassen soll es Einschnitte bei der Krankenhausfinanzierung geben, die aber nicht nur für das Jahr 2026 zum Tragen kommen, sondern dauerhaft die Budgets der Kliniken begrenzen. Sowohl die Bayerische Gesundheitsministerin wie auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags haben dies nachdrücklich kritisiert. Der Bayerische Landkreistag warnte eindringlich vor den Folgen: drohende Unterfinanzierung zentraler Versorgungsleistungen, steigende Zahl an Krankenhausinsolvenzen und zunehmender Versorgungsdruck auf ländliche Regionen.

Mobilisierung aller politischen Verantwortungsträger und Mitentscheider

Zahlreiche Gespräche auf allen Ebenen und Briefe an alle Verantwortlichen folgten u.a. an:

- die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und

Pflege, um sich im Bundesrat gegen die Aussetzung der Meistbegünstigungsklausel einzusetzen

- die bayerischen Bundestagsabgeordneten, um den Kabinettsbeschluss im parlamentarischen Verfahren zu stoppen
- an das Bundesgesundheitsministerium

Das Schreiben des Bayerischen Landkreistags an die Staatsministerin Gerlach finden Sie hier:



Bis zur Sitzung des Bundesrats am 21. November hatte der Bayerische Landkreistag alle Hebel genutzt, um klarzustellen: Die Gesundheitsversorgung in Bayern darf nicht Opfer kurzfristiger Sparmaßnahmen werden.

Der Vermittlungsausschuss muss es richten

Die Länder sind den Kommunen am 21. November zur Seite gesprungen und haben in der Diskussion um die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung den Vermittlungsausschuss angerufen, damit dieser bis zum 19. Dezember eine Lösung findet. Das Sparpaket zu Lasten der Krankenhäuser ist damit erst einmal verschoben, wenn auch nicht aufgehoben. Alle Augen sind jetzt auf den Vermittlungsausschuss gerichtet.

Bayerische Landräte zu Gast im Medizinischen Zentrum SOGESUND

Fachtagung zeigt Wege für die Zukunft kleiner und mittlerer Kliniken auf

Wie kann die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zukunftssicher gestaltet werden? Mit dieser Frage beschäftigten sich zahlreiche Landräte aus Bayern bei einer Fachtagung des Bayerischen Landkreistags im Medizinischen Zentrum SOGESUND in Schongau. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Chancen und Herausforderungen sogenannter sektorenübergreifender Versorgungszentren (SÜVs).

Nach der Begrüßung durch Landrätin Andrea Jochner-Weiß und Thomas Lippmann, Geschäftsführer der Krankenhaus GmbH Weilheim-Schongau, erhielten die Gäste bei einer Begehung des Medizinischen Zentrums SOGESUND praktische Einblicke in die Struktur und Arbeitsweise eines sektorenübergreifenden Versorgungszentrums. Lippmann erklärte, wie man im Schongauer Modell ambulante, therapeutische und stationäre Angebote unter einem Dach koordiniert hat, um Versorgungslücken zu schließen und gleichzeitig die Effizienz zu steigern.

„Mit SOGESUND zeigen wir, wie die ambulant-stationäre Zukunft des Gesundheitswesens im ländlichen Raum aussehen kann“, sagte Lippmann. Und weiter: „Wir freuen uns, dass der Bayerische Landkreistag uns als Beispiel ausgewählt hat.“ Nun müsse die finanzielle Absicherung einerseits der Betriebskosten (Bund) und andererseits der Investitionskosten (Bund oder / und Land) erfolgen, damit solche Modelle dauerhaft Bestand hätten. Lippmann: „Die Kommunen können dies nicht aus ihren Haushalten stemmen.“

Experten zeigen Wege und Perspektiven auf

Im fachlichen Teil der Veranstaltung gaben drei namhafte Referenten Impulse zur Zukunft der Gesundheitsversorgung:

Andreas Beivers, Professor für Volkswirtschaftslehre und Gesundheitsökonomie an der Hochschule Fresenius, erläuterte die ökonomische Notwendigkeit, stationäre Kapazitäten in ambulante Leistungsangebote umzuwandeln. Die Ambulantisierung, so Prof. Beivers, sei kein kurzfristiger Trend, sondern eine strukturelle

Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Gesundheitssystems.

Jörg Risse, Geschäftsführer von Vicondo Healthcare und Professor für Krankenhausmanagement an der MSH Medical School Hamburg, zeigte praxisnah auf, wie ein SÜV etabliert werden kann: von der Planung über rechtliche und organisatorische Voraussetzungen bis hin zu Fragen der intersektoralen Zusammenarbeit. Er hob hervor, dass kommunale Träger und regionale Netzwerke entscheidende Rollen bei der Umsetzung spielen.

Anschließend berichtete Roland Engehausen, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), über den aktuellen Stand der Verhandlungen zur Selbstverwaltung von SÜVs. Er machte deutlich, dass wesentliche Fragen, so etwa zur Leistungsbeschreibung oder zur Finanzierung aktuell intensiv auf der Bundesebene verhandelt würden. Bis dahin bleibe leider vieles unklar. „In Bayern bestehen bundesweit die größten Chancen, dass Kliniken künftig als sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag zur Akutversorgung (ambulant und stationär) im ländlichen Raum leisten und die Angebote der Altersmedizin ausbauen können. Rund 20 Krankenhausstandorte im Freistaat sollten nach unserer Einschätzung diese Option gründlich prüfen, sobald der Versorgungs- und Finanzierungsrahmen bis Ende des Jahres feststeht. Zudem appellieren wir an die Vertragspartner und die Politik im Bund, diese Chance zur Zukunftsgestaltung nicht durch ungünstige Startbedingungen zu gefährden.“



Gemeinsam zum Erfolg: Zahlreiche Landräte aus Bayern diskutierten in Schongau über Ambulantisierung und die Etablierung regionaler Gesundheitszentren.

Landkreise ziehen an einem Strang

Dr. Klaus Schulenburg, Referent für Soziales, Gesundheit und Krankenhauswesen beim Bayerischen Landkreistag, unterstrich die einheitliche Position der Landkreise in dieser Frage: „Die Landkreise stehen geschlossen hinter der Idee der sektorenübergreifenden Versorgungszentren.“ Schongau zeige, was möglich sei, wenn Kommunen Verantwortung übernehmen würden. Jetzt komme es darauf an, aus guten Praxisprojekten tragfähige Versorgungsangebote für die Bürger zu etablieren.

Die Fachtagung bot neben den Vorträgen und der Führung vor allem eines: Gelegenheit zum intensiven Aus-

tausch und zur Vernetzung der Landkreise, die ihre Krankenhausstrukturen weiterentwickeln wollen: Als Krankenhausträger haben sie großes Interesse an einer Gesundheitsversorgung in der Fläche.

Die Landräte bekannten sich zur Krankenhausreform und betonten die Notwendigkeit, nachhaltige Lösungen für kleinere Häuser zu finden – insbesondere dort, wo der Anteil stationärer Leistungen nicht mehr ausreicht, sie wirtschaftlich zu betreiben. Am Ende bestand Einigkeit: Die Zukunft der Gesundheitsversorgung liegt in der Ambulantisierung – vorausgesetzt, der Bund schafft klare gesetzliche Rahmenbedingungen und verlässliche Finanzierungsmodelle.

(Krankenhaus GmbH Landkreis Weilheim-Schongau)

Gemeinsam gegen Cyberbedrohungen: Eine SOC-Lösung für Bayerns Landratsämter

Von Cynthia Derra, Referentin für Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Informations- und Kommunikationstechnik, Datenschutz beim Bayerischen Landkreistag

Die digitale Transformation schreitet voran – und mit ihr wächst die **Bedrohungslage im Cyberraum**. Angriffe auf kommunale IT-Infrastrukturen nehmen zu, wie aktuelle Lagebilder des BSI¹ und des LSI² eindrücklich zeigen. Für die bayerischen Landratsämter bedeutet das: IT-Sicherheit ist längst kein Randthema mehr, sondern eine zentrale Herausforderung für die kommunale Daseinsvorsorge.

Vor diesem Hintergrund hat der **Arbeitskreis luK** des Bayerischen Landkreistags, bestehend aus acht erfahrenen IT-Leitern der Landratsämter, bereits im vergangenen Jahr die Thema SIEM (Security Information and Event Management) und SOC (Security Operations Center) in den Fokus genommen. Ziel war es, eine Lösung zu finden, die nicht nur technisch überzeugt, sondern auch organisatorisch und finanziell tragfähig ist – und vor allem: gemeinsam funktioniert.

Denn klar war schnell: Insellösungen sind weder effizient noch nachhaltig. Die Bedrohungslage ist für alle Landkreise ähnlich – warum also nicht auch die Sicherheitsstrategie? Eine gemeinsame SOC-Lösung bietet zahlreiche Vorteile: höhere Schlagkraft, bessere Standardisierung, zentrale Überwachung und nicht zuletzt eine Entlastung der ohnehin knappen Personalressourcen. Eine 24/7-Überwachung durch 71 einzelne Landratsämter ist schlicht nicht realisierbar.

Diese Überlegungen wurden auch in die Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 eingebracht. Der Freistaat zeigte sich zunächst zurückhaltend – auch dort fehlen derzeit die Kapazitäten für ein flächendeckendes Angebot an die Kommunen. Dennoch wurde das Thema als Maßnahme aufgenommen und für eine spätere Umsetzung vorgemerkt.

Für die Mitglieder des AK luK beim Bayerischen Landkreistag war klar: Wir brauchen eine Zwischenlösung – und zwar jetzt. Deshalb wurde das Thema IT-Sicherheit und SOC als Jahresschwerpunkt für 2025 festgelegt. Ein wichtiger Meilenstein war der Innovation Day

im April 2025, bei dem die Mitglieder des Arbeitskreises luK im InnovationCenter der T-Systems in München ein konkretes SOC-Angebot vorgestellt bekamen. Die Resonanz war eindeutig: Das Interesse war groß, der Bedarf offensichtlich.



Seit Juli 2025 steht nun eine Lösung bereit: Über den Rahmenvertrag der kommunalen Spitzenverbände mit

¹ Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2025 (aufgerufen am 13.11.2025)

² <https://www.lsi.bayern.de/mam/aktuelles/lsi-panorama.pdf> (aufgerufen am 13.11.2025)



der Telekom können Landkreise und Kommunen eine All-in-One SOC-Lösung in Anspruch nehmen. Das Besondere: Sollte künftig eine bayernweite Lösung durch die Zukunftskommission realisiert werden, können die Kunden ohne Investitionsverlust wechseln. Damit ist die Lösung nicht nur sicher, sondern auch zukunftsfähig.

Alle Landkreise können partizipieren – unabhängig von Größe oder Ausstattung. Es entsteht ein gemeinsamer Sicherheitsstandard, mit einem zentralen Partner und eine flexible Lösung, die sich auf die lokalen Anforderungen abstimmen lässt. Der Bayerische Landkreistag zeigt damit: IT-Sicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe – und gemeinsam sind wir stärker.

DIE BÜROGEMEINSCHAFT: Starke Kommunen. Starkes Europa. Starke Gemeinschaft.



Brüssel, 4. November 2025

Der kommunale Omnibus: Forderungen für eine Entlastungsagenda der EU, die vor Ort ankommt

Brüsseler Appell der bayerischen und baden-württembergischen kommunalen Spitzen- und Landesverbände an die EU-Kommission, das EU-Parlament und den Rat

Unsere Kommunen – die Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke – sind tagtäglich erste Ansprechpartner für ihre Bürgerinnen und Bürger. Sie sind Grundlage des demokratischen Staates sowie Träger der kommunalen Selbstverwaltung und daher auch Gradmesser der Funktionsfähigkeit des Staates und seiner Verfahren. Aus diesem Grund benötigen die Kommunen Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, ihr verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf kommunale Selbstverwaltung wirksam ausüben zu können.

Wir begrüßen daher die aktuelle Prioritätensetzung der EU-Kommission, das EU-Recht zu vereinfachen, Bürokratie abzubauen und damit die Wirtschaft im Sinne eines wettbewerbsfähigen und resilienten Kontinents zu stärken. Ebenso dringend benötigen auch die Kommunen spürbare Entlastungen bei der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben. Eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung ist Grundvoraussetzung, um den Bürgerinnen und Bürgern modern, serviceorientiert und digital aufgestellt zu begegnen und das Vertrauen in staatliche Institutionen und demokratische Strukturen zu stärken sowie zu bewahren. Aktuell stehen die Kommunen in ländlichen und städtischen Gebieten vor enormen Herausforderungen: Wachsende Finanzierungslücken in den kommunalen Haushalten, stetig zunehmende Bürokratie, ein rasanter digitaler Wandel, unterfinanzierte und inkohärente Klima- und Umweltgesetze sowie die aktuelle Asyl- und Flüchtlingssituation bringen die Kommunen an den Rande des Kollaps. Deshalb fordern wir ein vereinfachtes EU-Recht, das sich auf das Wesentliche konzentriert.

Während die bisher vorgeschlagenen Omnibus-Pakete vorrangig eine Entlastung der Wirtschaft zum Ziel haben, muss sich der Blick nun gezielt auf die kommunale Ebene richten. Nur eine aktive

Entlastung der Kommunen birgt die Chance, die Maßnahmen der Europäischen Union im Alltag der Bürgerinnen und Bürger wieder positiv spürbar zu machen.

Vor allem im Umweltbereich gilt es, auf ein Mikromanagement und insbesondere auf aufwendige Berichts- und Dokumentationspflichten zu verzichten. Es bedarf allgemein praktikablerer Übergangsfristen und mehr Flexibilität bei der Umsetzung der Maßnahmen des Grünen Deals. So sind auch straffere Verfahren im Arten- und Naturschutzrecht essenziell, um die kommunale Daseinsvorsorge und Infrastruktur zu stärken. Darüber hinaus müssen beispielsweise die Wiederherstellungsverordnung sowie die Entwaldungsverordnung auf den Prüfstand gestellt werden. Bereits erzielte Fortschritte im Bereich der Erweiterten Herstellerverantwortung bei der Kommunalabwasserrichtlinie oder im Bereich der Abfallwirtschaft müssen gesichert werden. Zur Erreichung der Klimaziele fordern wir, kostengünstige und schnell umsetzbare Maßnahmen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft zu priorisieren. Die Einbeziehung der thermischen Abfallverwertung in den EU-Emissionshandel lehnen wir ab.

Darüber hinaus müssen die Kommunen durch eine Erhöhung der EU-Schwellenwerte und durch weitere Ausnahmen und Erleichterungen bei der anstehenden Reform des EU-Vergaberechts unterstützt werden. Dies betrifft unter anderem eine Ausnahme der Kleinen und Mittleren Auftraggeber (KMA) vom EU-Vergaberecht, die umfassende Freistellung der interkommunalen Zusammenarbeit von der Anwendbarkeit der EU-Richtlinien sowie die weiterhin freiwillige Nutzung von Sozial- und Nachhaltigkeitskriterien. Mit der Umsetzung der vorbenannten Forderungen würden die Kommunen wieder in die Lage versetzt, Vergabeverfahren ohne übermäßigen zeit- und kostenintensiven Personaleinsatz bzw. die entsprechende Beauftragung externer Dienstleister rechtssicher durchführen zu können. Auch im Beihilferecht muss durch eine signifikante Erhöhung der De-Minimis-Schwellenwerte sowie praxistaugliche Ausnahmen und Freistellungen, unter anderem bei der Wohnraumförderung, eine gezielte Entlastung bewirkt werden.

Wir appellieren an die Europäische Kommission sowie das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten im Rat, die kommunale Umsetzungsebene im Rahmen der aktuellen Omnibus-Verfahren ausdrücklich mitzudenken sowie ihre finanzielle und administrative Betroffenheit durch geplante Rechtsakte künftig im Rahmen von Folgeabschätzungen bereits frühzeitig zu prüfen. Nur so kann langfristig gewährleistet werden, dass Entlastungen nicht allein die Wirtschaft erreichen, sondern auch spürbar in den Kommunen und damit bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Peter Mayer
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Bayerischer Gemeindetag

Bernd Buckenhofer
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Bayerischer Städtetag

Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Bayerischer Landkreistag

Stefanie Krüger
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Bayerischer Bezirkstag

Günter Heimrath
Geschäftsführender Direktor
Bayerischer Kommunaler Prüfungsverband

Steffen Jäger
Präsident und Hauptgeschäftsführer
Gemeindetag Baden-Württemberg

Ralf Broß
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Städtetag Baden-Württemberg

Prof. Dr. Alexis v. Komorowski
Hauptgeschäftsführer
Landkreistag Baden-Württemberg

DIE BÜROGEMEINSCHAFT: Starke Kommunen. Starkes Europa. Starke Gemeinschaft.

56. Landrätetagung des Bayerischen Landkreistags in Kronach: Zwischen politischem Weckruf und kommunalem Schulterschluss

Am 15. und 16. Oktober 2025 trafen sich die bayerischen Landrätinnen und Landräte im Landkreis Kronach zur 56. Landrätetagung des Bayerischen Landkreistags – und sie taten es unter einem Leitthema, das aktueller kaum sein könnte: „Innovation und Verantwortung: Gemeinsam für zukunftsfähige Landkreise“. Zwei Tage lang wurde intensiv diskutiert, leidenschaftlich argumentiert und geschlossen ein deutliches Signal in Richtung Bund und Freistaat gesendet: Die bayerischen Landkreise wollen gestalten – aber sie brauchen dafür verlässliche Rahmenbedingungen.

Ein Auftakt mit politischem Nachdruck

Schon am ersten Tag machten die Landrätinnen und Landräte deutlich, dass sie über Parteigrenzen hinweg für die Menschen in ihren Regionen zusammenstehen. Geschlossen protestierten sie gegen die von der Bundesregierung beschlossene Aussetzung der sog. Meistbegünstigungsklausel. Diese bedeutet, dass Kliniken in Stadt und Land plötzlich mit Millionenverlusten rechnen mussten – nur wenige Tage nachdem der Bund den Kliniken noch 4 Mrd. € Ausgleich für die Inflationskosten aus den Jahren 2022/23 zugesichert hatte. Die Kritik war unüberhörbar: Mit dem neuen Sparpaket trage der Bund nicht zur Regeneration bei, sondern belaste den ohnehin geschwächten Organismus zusätzlich, anstatt die Kliniken bis zur Umsetzung der Krankenhausreform stabil zu halten. Der Vorwurf lautete, die Bundesregierung schicke die Kliniken in „einen kalten Strukturwandel“, während Kommunen und Landkreise die Folgen tragen müssten.

Die Sorge war greifbar: drohende Unterfinanzierung, steigende Insolvenzen, wachsender Versorgungsdruck im ländlichen Raum – und all das in einer Zeit, in der kommunale Haushalte ohnehin ächzen. Neben Demokratie, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt bildete die Krankenhauspolitik so den kraftvollen roten Faden dieses ersten Tagungstages.

Zweiter Tag: Kommunalfinanzen unter Hochdruck

Am zweiten Tag richtete sich der Blick auf die eigenen Strukturen: die immer weiter schwindende finanzielle Handlungsfähigkeit der Landkreise. Bayerns Finanz-

Impulse und Stimmen, die die Tagung prägten

Geprägt wurde die Landrätetagung von hochkarätigen Redebeiträgen, die den inhaltlichen Rahmen setzten und die Debatten vertieften. Gleich zu Beginn eröffneten **Thomas Karmasin**, Präsident des Bayerischen Landkreistags, sowie **Landrat Klaus Löffler** und **Mitwitz' Erster Bürgermeister Oliver Plewa** die Veranstaltung. Einen vielbeachteten Zukunftsimpuls lieferte anschließend **Prof. Dr. Ursula Münch**, Direktorin der Akademie für Politische Bildung. Per Videoschaltung beteiligte sich **Thorsten Frei, MdB**, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, an der Diskussion. In einer breit besetzten politischen Gesprächsrunde stellten sich die Landtagsfraktionsvorsitzenden **Tanja Schorer-Dremel (CSU)**, **Bernhard Pohl (Freie Wähler)**, **Tim Pargent (Bündnis 90/Die Grünen)** und **Holger Griebhammer (SPD)** den Fragen nach gleichwertigen Lebensverhältnissen und der Zukunft des ländlichen Raums. Am Abend setzte **Staatsminister Thorsten Glauber, MdL**, einen festlichen Akzent beim gemeinsamen Austausch.

Der zweite Tag wurde von Bayerns Finanz- und Heimatminister **Albert Füracker** geprägt, der mit einem klaren Impuls zur Lage der Kommunalfinanzen die Grundlage für eine intensive Aussprache legte. Zudem gab der Bundesinnenminister **Alexander Dobrindt, MdB**, den Landrätinnen und Landräten per Videogrußwort einen Insider-Einblick über die aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene. Die Tagung endete mit den Schlussworten von **Thomas Habermann**, Erster Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags.

und Heimatminister Albert Füracker sicherte zwar die Unterstützung des Freistaats zu und verwies auf den starken kommunalen Finanzausgleich sowie Rekordinvestitionen. Doch die Realität in den Landkreisen bleibt angespannt: steigende Sozial- und Jugendhilfekosten, wachsende Personalausgaben, Defizitausgleiche im ÖPNV und in den Kliniken, steigende Bezirksumlagen – alles Faktoren, die kommunale Haushalte zunehmend an die Grenzen bringen.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Thomas Karmasin, fand deutliche Worte: Strukturelle Schief lagen, wegbrechende Handlungsspielräume und ein historisch hoher Kreisumlagesatz seien alarmierende Zeichen. Die Forderungen an Bund und Freistaat fielen entsprechend klar aus: vollständige Finanzierung neuer Aufgaben, eine gerechtere Aufgabenverteilung, ein höherer kommunaler Steueranteil und eine Entlastung durch eine Reform des Sozialstaats.

Gastgeber Landkreis Kronach: Herausragend, herzlich, hochprofessionell

Der Landkreis Kronach setzte als Gastgeber Maßstäbe. Landrat Klaus Löffler und sein Team im Landratsamt

sorgten nicht nur für eine makellose Organisation, sondern für eine Atmosphäre, die die gesamte Tagung prägte: herzlich, aufmerksam, authentisch und voller Engagement.

Das historische Ambiente rund um das Wasserschloss Mitwitz, die hervorragende Betreuung durch die Mitarbeitenden und die unverkennbare Gastfreundschaft machten Kronach zu einem Ort, an dem politische Arbeit auf höchstem Niveau möglich war.

Ein starker Appell für die Zukunft der Landkreise

Die 56. Landrätetagung in Kronach war deshalb mehr als ein jährliches Treffen. Sie war ein Weckruf, ein Gemeinschaftssignal und der klare Ausdruck eines Anspruchs: Zukunft in Bayern braucht starke Landkreise. Die Landkreise stehen geschlossen zusammen. Sie sehen sich als Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge – von Mobilität über Soziales bis zur medizinischen Versorgung. Doch sie erwarten politische Rahmenbedingungen, die ihnen ermöglichen, diese Rolle auch in Zukunft auszufüllen.

„We have a deal“

4,7 Milliarden Euro mehr für Bayerns Kommunen in 2026 aus dem kommunalen Finanzausgleich und dem Sondervermögen Infrastruktur



Von Albert Füracker, Staatsminister der Finanzen und für Heimat
(Foto: Thomas Langer)

Sowohl der bayerische Staatshaushalt als auch die kommunalen Haushalte stehen aktuell enorm unter Druck. Nach zuletzt zwei Jahren Rezession befindet sich die Wirtschaftsleistung Deutschlands heute auf demselben Niveau wie im Jahr 2019. Die deutsche Wirtschaft erlebt damit die längste Stagnation in der Geschichte der Bundesrepublik. Davon kann sich auch der Freistaat Bayern nicht ganz entkoppeln. Nach der aktuellen Herbst-Steuerschätzung steigen die Steuereinnahmen des Freistaats im Vergleich zur sehr negativen Mai-Steuerschätzung zwar moderat an, die Steuerprognosen sind damit aber noch lange nicht auf dem erforderlichen Niveau.

Für die bayerischen Kommunen ergibt sich durch die Oktober-Steuerschätzung im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung erfreulicherweise ebenfalls eine leicht bessere Prognose: über 900 Millionen Euro für 2026 und rund 1,1 Milliarden Euro für 2027. Hier wirkt sich auch die Kompensation von Steuermindereinnahmen aufgrund des steuerlichen Investitionssofortprogramms aus, die der Bund auf nachdrücklichen Einsatz der Bayerischen Staatsregierung hin gewährt hat. Aber dennoch: Die kommunalen Haushalte sind weiter massiv gefordert. Die Ausgaben in den Verwaltungshaushalten, insbesondere Personal- und Sozialausgaben, steigen erheblich an. Dies ist zu großen Teilen ein Vermächtnis der Ampelregierung, die den Kommunen enorm teure Aufgaben und hohe Standards aufgebür-

det hat, ohne eine auskömmliche Finanzierung durch den Bund sicherzustellen. Klar ist: Der Freistaat kann die Versäumnisse des Bundes nicht vollständig ausgleichen.

Erschwerte Ausgangslage erfordert konstruktives und faires Miteinander – Freistaat steht zu seinen Kommunen

Die Zusammenarbeit von Freistaat und Kommunen ist in den aktuell schwierigen Zeiten wichtiger denn je. Umso erfreulicher ist es, dass nach zahlreichen konstruktiven Abstimmungsgesprächen ein für alle Seiten akzeptables Ergebnis über den kommunalen Finanzausgleich 2026 und den Kommunalanteil am Sondervermögen im Rahmen des kommenden Doppelhaushalts erzielt werden konnte.

4,7 Milliarden Euro mehr im nächsten Jahr – das ist ein wuchtiges Finanzpaket und starkes Signal an Bayerns Kommunen! Der kommunale Finanzausgleich steigt im Jahr 2026 um 846 Millionen oder 7,1 Prozent auf 12,83 Milliarden Euro. Gleichzeitig stellt der Freistaat 2026 rund 3,9 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen des Bundes für Investitionen für Bayerns Kommunen bereit. Insgesamt stehen den bayerischen Kommunen im Jahr 2026 damit 4,7 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Das ist das einvernehmliche Ergebnis des Spitzengesprächs am 30. Oktober 2025 zum kommunalen Finanzausgleich 2026.

Sondervermögen Infrastruktur stärkt bayerische Kommunen

Bereits im Jahr 2026 werden für die bayerischen Kommunen Mittel aus dem Sondervermögen in Höhe von rund 3,9 Milliarden Euro bereitgestellt. Diese können teilweise über mehrere Jahre abgerufen werden, um den Kommunen mehr Planungssicherheit zu geben.

Die Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände haben sich darauf verständigt, dass der Kommunalanteil am Sondervermögen über die ganze

Laufzeit betrachtet zwischen 60 bis 70 Prozent liegen wird. Auf die Vorabfestlegung einer exakten Kommunalquote wurde bewusst verzichtet, um auch in den Folgejahren mit den Mitteln aus dem Sondervermögen flexibel auf sich verändernde Investitionsbedarfe reagieren zu können.

Ein zentrales Element ist die Schaffung eines neuen, pauschalen Investitionsbudgets aus Mitteln des Sondervermögens. Im Jahr 2026 werden dafür insgesamt 2 Milliarden Euro – und damit mehr als die Hälfte der Mittel – aus dem Sondervermögen bereitgestellt. Diese können von den Kommunen je nach Bedarf ab dem Jahr 2026 oder in den kommenden Jahren abgerufen werden. Ein wesentlicher Anteil des Sondervermögens ist also für die Kommunen flexibel einsetzbar. Damit kommt der Freistaat der zentralen Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach pauschaler Mittelweitergabe in hohem Maß nach. Die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung des Investitionsbudgets erfolgt in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Kommunaler Finanzausgleich 2026

Die bayerischen Kommunen erhalten im Jahr 2026 insgesamt 12,83 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 845,8 Millionen Euro für Bayerns Kommunen.

Stärkung der Verwaltungshaushalte

Ein besonderer Schwerpunkt wird auf die Stärkung der Verwaltungshaushalte gelegt. Es bestand im Spitzengespräch Einvernehmen, dass dabei die stärkere Unterstützung der Bezirke für das Jahr 2026 Priorität hat. Diese sind seit Jahren durch stark steigende Sozialausgaben, insbesondere bei der Eingliederungshilfe und bei den Hilfen zur Pflege, massiv belastet. Die Zuweisungen an die Bezirke werden deshalb im nächsten Jahr um 480 Millionen Euro auf 1,32 Milliarden Euro erhöht. Dies bedeutet ein deutliches Plus von 57,4 Prozent. Davon profitieren gleichzeitig auch die kreisfreien Städte und Landkreise als Bezirksumlagezahler sowie mittelbar auch die kreisangehörigen Gemeinden als Kreisumlagezahler.

Zur strukturellen Verbesserung der Kommunalfinanzen wird der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund im Doppelhaushalt 2026/2027 schrittweise von 13 Prozent auf am Ende 13,5 Prozent angehoben, im

Jahr 2026 um 0,3 Prozentpunkte und im Jahr 2027 um weitere 0,2 Prozentpunkte. Für das Jahr 2026 bedeutet dies ein Plus von 150 Millionen Euro für die bayerischen Kommunen.

Die Schlüsselzuweisungen, die größte Einzelposition und zentrale Leistung im kommunalen Finanzausgleich, steigen um 131,1 Millionen Euro auf knapp 5 Milliarden Euro. Sie haben als freie Deckungsmittel und Ergänzung der eigenen Steuereinnahmen eine hohe Bedeutung für eine starke kommunale Selbstverwaltung.

Spitzenposition der bayerischen Kommunen bei Investitionen stärken

Die bayerischen Kommunen investieren auf Rekordniveau. Bundesweit haben sie seit vielen Jahren die mit Abstand höchste Investitionsquote. 2024 lag die Quote bei 23,1 Prozent (Durchschnitt Flächenländer West: 15,5 Prozent). Um diese starke Position weiter zu festigen, setzt der Freistaat Bayern mit Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur starke Impulse für kommunale Investitionen, welche wiederum der bayerischen Wirtschaft zugutekommen.

Die Mittel für den kommunalen Hochbau, insbesondere für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen, werden auf 1,37 Milliarden Euro erhöht. Davon stammen 300 Millionen Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur.

Eine sehr gute Infrastruktur bei den Schulen und Kindertagesstätten hat hohe Priorität für die Bayerische Staatsregierung. Deswegen erhalten die Kommunen für Schul- und Kitabaumaßnahmen zusätzlich eine Pauschale zur Verringerung der kommunalen Eigenanteile in Höhe von 10 Prozent der regulären Zuweisungen. Hierfür werden bereits im Jahr 2026 für die kommenden vier Jahre Mittel in Höhe von 900 Millionen Euro aus dem Sondervermögen bereitgestellt.

Für die Krankenhausinvestitionsförderung stehen im Jahr 2026 Mittel in Höhe von 900 Millionen Euro zur Verfügung. Davon stammen 100 Millionen Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur.

Die Investitionspauschale wird auf dem hohen Niveau von 446 Millionen Euro fortgeführt. Sie steht zusätzlich zum neuen pauschalen Investitionsbudget von 2 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Handlungsspielräume der Kommunen im investiven Bereich werden also enorm verbessert.

Die Mittel für die Härtefallförderung für den Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen werden im Jahr 2026 auf 215 Millionen Euro angehoben. Davon stammen 50 Millionen Euro aus dem Sondervermögen. Für die Straßenausbaupauschalen, die der Staat den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährt, stehen wieder 85 Millionen Euro zur Verfügung.

Weitere Mittelerhöhungen

Die Mittel für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen werden im Jahr 2026 deutlich auf insgesamt 250 Millionen Euro erhöht. Davon stammen 100 Millionen Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur, die für investive Stabilisierungshilfen eingesetzt werden können. Damit unterstützt der Freistaat Bayern besonders strukturschwache oder in eine finanzielle Notlage geratene Kommunen zielgenau.

Die allgemeinen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis steigen im Jahr 2026 auf insgesamt 953 Millionen Euro. Darin enthalten sind auch die den Kommunen überlassenen Gebühren, Geldbußen und Verwarnungsgelder.

Die Zuweisungen für die notwendige Schülerbeförderung steigen 2026 um 20 Millionen Euro auf 320 Millionen Euro. Der Ansatz stellt weiterhin die zugesagte Ausgleichsquote von landesdurchschnittlich 60 Prozent der notwendigen Kosten sicher.

Strukturdebatte und Überprüfung von Standards wird fortgesetzt

Im Hinblick auf die steigende Ausgabendynamik besteht mit den kommunalen Spitzenverbänden Einigkeit, dass die bereits laufenden Strukturdebatten fortzusetzen sind. Die Bayerische Staatsregierung wird hier weiterhin im konstruktiven Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden bleiben und dahingehende Bestrebungen fortsetzen. Entsprechende Anstrengungen müssen nun aber vor allem auch auf Bundesebene unternommen werden. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sowie jüngste Äußerungen von Bundeskanzler Merz, dass die Kommunen auf der Ausgabenseite entlastet werden müssen, geben hier Anlass zur Hoffnung.

Freistaat Bayern bleibt verlässlicher Partner der Kommunen

Der kommunale Finanzausgleich 2026 ist ein eindrucksvoller Beweis für die Solidarität und Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und seinen Kommunen. Die Kombination aus einem gestärkten kommunalen Finanzausgleich und zusätzlichen investiven Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur des Bundes stabilisiert die kommunalen Haushalte nachhaltig, sichert eine stabile, zukunftsfähige Infrastruktur und ist zugleich ein Booster für Bayerns Konjunktur.

Gemeinsame Antworten auf neue Herausforderungen



Von Tanja Schorer-Dremel, MdB, stellvertretende Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion (Foto: CSU-Fraktion des Bayerischen Landtags)

Dass die Landkreise den Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern in diesen Zeiten mit einem Fragezeichen versehen, verwundert mich zunächst einmal nicht. Wer heute kommunalpolitische Verantwortung trägt, wie es auch bei mir als Stadträtin und Kreisrätin im Landkreis Eichstätt der Fall ist, dem ist der enorme Druck bewusst, unter dem unsere Kommunen aktuell stehen: Die schwierige wirtschaftliche Lage der vergangenen Jahre schlägt voll auf die kommunalen Finanzen durch. Geringere Einnahmen stehen überall steigenden Ausgaben gegenüber. Diese Ausgaben wiederum resultieren aus Aufgaben, die vor allem der Bund den Kommunen in immer größerem Umfang auferlegt hat und diese finanziell zu überfordern drohen. Egal, ob Soziales, Kinderbetreuung oder ÖPNV – die Anforderungen wachsen, ohne dass die Einnahmen Schritt halten. Kostendruck und Bürokratie beschneiden die Handlungsspielräume – gerade auch dort, wo die Lebensverhältnisse vor Ort aktiv mitgestaltet werden können, bei den freiwilligen Aufgaben. Außerdem nehmen vielerorts die Sorgen um die Zukunft der ärztlichen Versorgung spürbar zu, die Krankenhauslandschaft als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge befindet sich so massiv im Umbruch wie selten zuvor.

Müssen wir uns also von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern als eine Illusion verabschieden? Ich sage Nein! Denn in der Gesamtschau zeigt sich eines sehr deutlich: Gleichwertige Lebensbedingungen sind ein Ziel der Bayerischen Verfassung, dem wir in den vergangenen Jahren insgesamt immer besser gerecht geworden sind – dank der Kommunen, die kräftig investiert haben, dank der Innovationskraft unserer Wirtschaft, dank der Initiative und des Engagements der Menschen vor Ort und – last but not least – auch dank

des konsequenten Einsatzes der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion für ein leistungsfähiges und lebenswertes Bayern in allen seinen Regionen.

Der ländliche Raum hat spürbar an Attraktivität gewonnen, in allen Regierungsbezirken sind die Einwohnerzahlen entgegen früheren demografischen Trends gestiegen. Die Wirtschaftskraft von Stadt und Land unterscheidet sich immer weniger. Seit 2011 hat das Bruttoinlandsprodukt im ländlichen Raum um mehr als ein Drittel zugelegt. Auch die Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt sind immer geringer geworden. Die Spreizung zwischen den Regierungsbezirken bei der Arbeitslosenquote liegt mit aktuell 1,1 Prozentpunkten auf einem sehr niedrigen Niveau. Ein starker Mittelstand mit soliden Familienunternehmen, zahlreichen Hidden Champions überall in Bayern und breit gefächerten Handwerksbetrieben ist gerade auf dem Land der maßgebliche Wirtschaftsmotor, der stabil für Wohlstand und Beschäftigung sorgt. Mehr als 99 Prozent aller Haushalte in Bayern verfügen heute über schnelles Internet, mit massiven Investitionen in den Breitbandausbau haben wir hier für gleichwertige Entwicklungschancen des ländlichen Raumes gesorgt und arbeiten weiter daran, in allen Regionen Gigabitbandbreiten zu erreichen.

Durch die Regionalisierung unserer Hochschullandschaft haben wir im Freistaat so viele wohnortnahe Studienangebote außerhalb der Metropolen wie nie zuvor geschaffen. Innovationstreiber sind – neben den regionalen Gründerzentren – vor allem auch die Technologietransferzentren, die vor Ort zur Vernetzung von Unternehmen und Hochschulen beitragen und gezielte, anwendungsbezogene Forschung betreiben. Diese Angebote bauen wir weiter aus, so dass jeder Landkreis sein eigenes Technologietransferzentrum erhält.

Ein weiterer Eckpfeiler unserer Heimatstrategie ist die Verlagerung von Behörden und staatlichen Einrichtungen. In den letzten zehn Jahren haben wir 80 Verlagerungsprojekte auf den Weg gebracht und damit rund 5.200 Arbeitsplätze in alle Regionen Bayerns gebracht. Zur Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung haben wir mit der Landarztprämie, der Landarztquote im Medizinstudium oder dem Stipendienprogramm für Medizinstudierende wichtige und vor allem auch erfolgreiche Instrumente entwickelt. Wir unterstützen die Kommunen und die Men-

schen im ländlichen Raum nicht zuletzt auch mit der Dorferneuerung und der Integrierten Ländlichen Entwicklung, stärken damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Nahversorgung vor Ort und die regionale Wertschöpfung.

Aber natürlich brauchen wir auch neue Antworten auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit: Unsere Krankenhäuser leiden seit Jahren unter gestiegenen Betriebskosten, die nicht entsprechend kompensiert wurden und die Defizite der kommunalen Träger immer weiter in die Höhe treiben. Parallel sehen sie sich mit einer Krankenhausreform konfrontiert, die der Bund zunächst völlig ohne Rücksicht auf die Interessen der Länder und die dezentrale Versorgung im ländlichen Raum in Angriff genommen hat. Umso wichtiger waren die Verbesserungen, die wir seit dem Regierungswechsel in Berlin erreichen konnten. Die Länder können jetzt in eigener Verantwortung über Kooperationen und Ausnahmen von den Leistungsgruppenvoraussetzungen entscheiden, wenn sie diese zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung für erforderlich halten. Damit erkennt der Bund nun endlich die völlig unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Regionen Deutschlands an. Die neue Vergütungssystematik wird erst 2028 greifen, so dass alle Beteiligten mehr Zeit erhalten, um die Reform tragfähig umzusetzen. Auch dass die Kliniken vom Bund 4 Milliarden Euro für die Transformation zur Stärkung ihrer Liquidität erhalten, ist ein Erfolg der CSU bei den Koalitionsverhandlungen. Umso weniger kann ich nachvollziehen, dass das jüngste Sparpaket zur Stabilisierung der Beiträge nun ausgerechnet vor allem zu Lasten der Krankenhäuser geht und ihnen 1,8 Milliarden Euro bei den Vergütungen entzieht.

Unser Credo ist und bleibt: Eine gute Gesundheitsversorgung darf keine Frage der Postleitzahl sein. Uns allen ist allerdings auch klar, dass Veränderungen bei den Krankenhausstrukturen letzten Endes unvermeidlich sind. Wir lassen die Kliniken und deren Träger dabei jedoch nicht allein und begleiten diese Veränderungen mit einem 7-Punkte-Plan, der von Strukturgutachten über regionale Dialogprozesse bis hin zur notwendigen politischen Rückdeckung bei schwierigen Entscheidungen vor Ort reicht.

Wir investieren seit vielen Jahren kraftvoll in eine zukunftsfähige und wohnortnahe Krankenhausinfrastruktur. Dabei fließt im Übrigen stets ein Großteil der Investitionsmittel in die Kliniken im ländlichen Raum. Gemeinsam mit den Kommunen haben wir dafür gesorgt, dass immer alle notwendigen Investitionsmaßnahmen zeitgerecht gefördert werden konnten, und die

Förderung 2024 sogar auf ein Rekordniveau von rund 800 Millionen Euro angehoben. Ich bin den Landkreisen sehr dankbar, dass sie diesen Weg bei der Krankenhausumlage mitgegangen sind und auch in finanziell schwierigen Zeiten daran festhalten.

Nun gilt es, den notwendigen Wandel in der Krankenhauslandschaft gemeinsam zu gestalten – und zwar so partnerschaftlich und sachorientiert wie möglich, da wir alle wissen, wie sensibel das Thema einer wohnortnahen medizinischen Versorgung für die Menschen ist und wie hoch daher auch das Verhetzungspotential bei unpopulären Entscheidungen. Wir müssen hier einfach zusammenstehen!

Eine weitere Herkules-Aufgabe bleibt der Kampf gegen die ausufernde Bürokratie auf allen Ebenen. Während wir auf Bundesebene gerade jetzt erst eine Trendwende hin zum Abbau von Bürokratie erleben und auf europäischer Ebene zumindest leise darauf hoffen können, gehen wir im Freistaat hier schon seit langem entschlossen voran: In bisher vier Modernisierungsgesetzen haben wir über 700 Einzelmaßnahmen beschlossen, die zu weniger Vorschriften, einfacheren Verfahren und stärkerer Eigenverantwortung führen. In einer gemeinsamen Kommission haben wir die staatlichen Standards für Kommunen vor allem beim Bauen, im Sozialbereich und im Förderwesen auf den Prüfstand gestellt und viele Vorschläge erarbeitet, die nun zügig umgesetzt werden müssen.

Wir wollen aber noch weiter gehen und in Modellregionen zusätzliche Abweichungen von landesrechtlichen Vorschriften erproben, um zu zeigen, wie Bürokratieabbau in der Praxis funktionieren kann. Das Ziel heißt: Weniger Kontrolle, mehr Eigenverantwortung und ein schlanker, leistungsfähiger Staat, der zusätzliche Gestaltungsspielräume für die Kommunen schafft, statt sie mit immer mehr und immer komplexeren Vorschriften zu blockieren. Dazu brauchen wir die Mitwirkung unserer Landrätinnen und Landräte und setzen wir auf deren Bereitschaft, Neues auszuprobieren – ganz nach der Devise „Einfach mal machen!“.

Kommunale Gestaltungsfreiheit sichern wir aber nicht nur durch weniger Vorschriften, sondern auch durch mehr Geld. Damit bin ich beim Kommunalen Finanzausgleich: In einem enormen Kraftakt stellt der Freistaat 2026 insgesamt rund 4,7 Milliarden Euro mehr für seine Kommunen bereit. Der Kommunale Finanzausgleich steigt um 846 Millionen Euro auf 12,83 Milliarden Euro. Hinzu kommen 3,9 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen des Bundes, in der Summe ein wirklich großer Aufschlag zur Stabilisierung der kom-

munalen Haushalte und auch für weitere Investitionen vor Ort!

Der Ruf der Kommunen nach finanzieller Entlastung ist erhört worden, wobei ich die Unterstützung für die Bezirke besonders hervorheben möchte: Sie erhalten im kommenden Jahr 480 Millionen Euro mehr als 2025, das entspricht einem Plus von 57,4 Prozent und entlastet die Landkreise bei der Bezirksumlage ganz erheblich. Daneben wird auch die Zusage, die Perso-

nalausstattung der Landratsämter zu verbessern, weiterhin erfüllt. Fast 250 weitere Stellen werden dafür im Jahr 2027 zur Verfügung gestellt.

Der Freistaat erweist sich damit einmal mehr als ein verlässlicher Partner der Landkreise. Denn auch wenn manchmal hart gerungen wird, liegt letztlich doch im Miteinander der Schlüssel für eine gute Zukunft Bayerns und seiner Regionen!

Starke Kommunen sind Garantie für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern



*Von Bernhard Pohl, MdL,
Erster Stellvertretender
Vorsitzender der FREIE
WÄHLER Landtagsfraktion*

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – dieses Ziel ist die DNA der Freien Wähler in Bayern schlechthin, lange bevor wir den Einzug in den Bayerischen Landtag 2008 geschafft haben.

Dieses Ziel ist aber nur auf der Grundlage starker und funktionsfähiger Kommunen zu erreichen. Eine politische Gruppierung wie die Freien Wähler, die aus der kommunalen Ebene entstanden ist, wird naturgemäß immer besonderen Wert darauflegen, dass dieses Ziel mit Arbeit und Aufgaben von Kreisen, Städten und Gemeinden eng verknüpft ist.

Die Leistungsfähigkeit unserer Kommunen wurde in den letzten Jahren auf eine harte Probe gestellt. Stagnierende Steuereinnahmen, begleitet von explodierenden Kosten im Sozialbereich, die – Stichwort Bundesteilhabegesetz – insbesondere bei den Bezirken aufschlugen und über das Umlagesystem an Kreise, Städte und Gemeinden weitergegeben wurden, haben deutliche Spuren in den kommunalen Haushalten hinterlassen. Es ist nur den wenigsten gelungen, Haushalte ohne Neuverschuldung darzustellen.

Die unbefriedigende Entwicklung der Steuereinnahmen hat allerdings nicht nur die Kommunen, sondern gleichermaßen den Freistaat Bayern getroffen. Wir haben nur deshalb, weil wir dank vorausschauender Haushaltspolitik ausreichende Rücklagen aufgebaut haben und uns die November-Steuerschätzung größere Spielräume verschafft hat, den Kommunen durch einen deutlichen Aufwuchs der Mittel helfen und ihre Finanznot lindern können. Insbesondere die stufenweise Anhebung der Verbundquote von 13,0 auf 13,5 % wird den Verantwortungsträgern in den Kommunen auch über den Doppelhaushalt 2026/2027 hinaus helfen.

Auch die Entscheidung, die wir bei der Haushaltsklausur von Staatsregierung, Fraktionsvorsitzenden, parlamentarischen Geschäftsführern und Haushaltssprechern getroffen haben, künftig kein Familienstartgeld zu zahlen und damit die Strukturen zu stärken, ist hilfreich.

Was hat das mit gleichwertigen Lebensverhältnissen zu tun? Je mehr Geld in den Kommunen ankommt, desto mehr fließt in die Region und sorgt auch dort für Wertschöpfung. Ich mache das am Beispiel der medizinischen Versorgung fest. Natürlich benötigen wir in unseren Universitätskliniken Spitzenmedizin und Spitzenausbildung. Es wäre aber in doppelter Hinsicht fatal, wenn die Uni-Kliniken in größerem Umfang Aufgaben der Regelversorger übernehmen. Das führt zu Mehrkosten im System und zur Ausdünnung der medizinischen Versorgung in der Fläche. Das wiederum leistet einer unerwünschten Metropolisierung Vorschub. Deshalb bleiben wir dabei: Die Stärkung kommunaler und regionaler Strukturen ist das beste und nachhaltigste Nahrungsmittel für einen Freistaat mit starken Regionen und gleichwertigen Lebensverhältnissen.

Zukunftsfähigkeit für Bayerns Kommunen: Was jetzt getan werden muss



*Von Tim Pargent, MdL,
finanzpolitischer Sprecher
und stellvertretender
Vorsitzender BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN im
Bayerischen Landtag*

Bayerns Kommunen tragen einen immer schwereren Rucksack. Sie kämpfen mit steigenden Infrastruktur- und Energiekosten, wachsendem Personalmangel und einer Bevölkerung, die zu Recht hohe Erwartungen an gute öffentliche Leistungen hat. In vielen Rathäusern bleibt kaum noch Raum für Gestaltung. Stattdessen wird verwaltet, repariert und kompensiert, was sich über Jahre an strukturellen Problemen aufgebaut hat. Dabei sind die Kommunen das Fundament unseres Gemeinwesens. Wenn sie in die Knie gehen, leidet das ganze Land. Und wir brauchen handlungsfähige Kommunen mehr denn je. Sie sind diejenigen, die vor Ort in unsere Zukunft investieren – in Klimaschutz und Klimaanpassung, in eine saubere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung und in eine Infrastruktur, die unser Zusammenleben trägt. Damit stellen sie ganz konkret die Weichen für eine lebenswerte Zukunft. Genau deshalb braucht es jetzt politische Entscheidungen, die ihnen neue Kraft und echte Spielräume verschaffen.

Die Kommunalmilliarde: Ein entlastendes Instrument, das längst hätte wirken können

Bereits zu den Haushaltsberatungen für den Nachtragshaushalt 2025 haben wir Grüne die Staatsregierung aufgefordert, die Kommunen mit einer Kommunalmilliarde zu unterstützen. Ein klar definiertes Entlastungsinstrument – keine neue Förderkulisserie, sondern eine direkte Finanzspritze aus der Rücklage des Freistaats. Sie könnte ohne Antragsdschungel, ohne Förderrichtlinien und ohne Zusatzbürokratie an Städte, Gemeinden und Landkreise ausgezahlt werden – frei verwendbar und unmittelbar wirksam.

Die jüngsten Spitzengespräche zum kommunalen Finanzausgleich haben erneut gezeigt, wie abhängig viele Kommunen inzwischen von Bundesmitteln sind. Der kommunale Anteil am Bundes-Sondervermögen liegt nun bei 60 bis 70 Prozent – genau in dem von uns Grünen geforderten Zielkorridor. Gleichzeitig steigen die Zuweisungen an die Bezirke deutlich, wovon indirekt auch Landkreise und Gemeinden profitieren. Auch der steigende Anteil am allgemeinen Steuerverbund ist ein Schritt nach vorn, reicht aber nicht aus, um die strukturellen Probleme zu lösen. Immer noch werden zentrale Bedarfe überwiegend durch Sondermittel des Bundes gedeckt. Selbst die Stabilisierungsmittel, die die finanzschwächsten Kommunen stützen sollen, werden weiterhin zu einem großen Teil aus eben diesen Bundesmitteln gespeist.

Was weiterhin fehlt, sind tragfähige Vorschläge der Staatsregierung, wie eine echte, langfristige Verbesserung der kommunalen Finanzsituation erreicht werden kann. Der Verweis auf Berlin greift dabei zu kurz. Jetzt darf sich die Staatsregierung nicht auf der Finanzspritze des Bundes zurücklehnen, sondern muss eigene Lösungen entwickeln, die die Kommunen nachhaltig entlasten – und dies, ohne die Belastungen auf diejenigen abzuwälzen, die ohnehin wenig haben.

Freie Mittel statt Förderdschungel

Ein zentrales Problem liegt im bayerischen Fördersystem selbst. Über Jahre wurde ein Dickicht aus Einzelprogrammen geschaffen, das viel Personal bindet, besonders den kleineren Kommunen die Planung erschwert und die Verwaltung mehr beschäftigt als entlastet. Was hilft, sind keine neuen Fördertöpfe, sondern mehr frei verfügbare Mittel, damit Kommunen selbst entscheiden können, wo sie Prioritäten setzen – ganz ohne Antrags- und Nachweisdschungel.

Auch Bundesmittel, die nach Bayern fließen, müssen zudem endlich bürokratiearm weitergereicht werden. Die zusätzliche Regelungs- und Prüfungsdichte auf Landesebene sorgt bislang dafür, dass Geld zu spät ankommt und dort gebunden wird, wo es eigentlich entlasten soll.

Bürokratieabbau mit Mut – auch im eigenen Haus

Die bisherigen Bemühungen der Staatsregierung um Bürokratieabbau haben sich meist als mutloses Stückwerk erwiesen. Statt Strukturen und Prozesse grundlegend zu hinterfragen und neu aufzusetzen, werden in Gesetzen Kleinigkeiten, Zahlen, Berichtspflichten und Grenzwerte verändert. Am Beispiel der Genehmigungsprozesse für Seilbahnen – neuerdings ohne Umweltverträglichkeitsprüfung – zeigt sich darüber hinaus, dass die Staatsregierung unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus eigentlich ihnen missliebige Standards abbaut oder am Beispiel der Stellplatzsatzungen den Kommunen eher noch mehr Arbeit aufdrückt. Und eins haben die Gesetze zum Bürokratieabbau der Staatsregierung auch gemeinsam: Man hat vor allem die eigene Verwaltung entlastet – bei der Wirtschaft, Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern war bisher wenig bis nichts davon zu spüren.

Was ebenfalls fehlt, ist der Blick nach innen: Die Staatsregierung muss endlich auch ihren eigenen Wirkungskreis kritisch hinterfragen.

Echter Bürokratieabbau bedeutet auch die eigene Ministerialbürokratie zu reduzieren und die Silologik der einzelnen Ministerien zu überwinden: eigene Strukturen und Verfahren zu überprüfen, überflüssige Regelungen zu streichen und notwendige Prozesse konsequent zu digitalisieren und zu beschleunigen. Eine Debatte über die Senkung von Standards kann sinnvoll sein – aber bitte konkret, transparent und orientiert an realen Bedürfnissen, statt an politischer Symbolik. Nur wenn der Freistaat auch bei sich selbst ansetzt, wird Bürokratieabbau glaubwürdig und wirksam.

Digitalisierung, die den Menschen dient

Viele Bürgerinnen und Bürger sind längst bereit für digitale Lösungen, aber staatliche Verfahren hinken hinterher. In Bereichen, in denen praktisch alle Menschen digital fit sind, wäre ein schneller Fortschritt möglich.

Familienleistungen sind ein gutes Beispiel: Die beantragen heute überwiegend junge Eltern, die digital routiniert sind – und nicht die Großmutter, die vielleicht lieber zum Amt ginge. Genau in solchen Bereichen muss der Staat jetzt einfach vorangehen: Analoge Doppelstrukturen abbauen und die wirklich wichtigen Prozesse endlich vollständig digital verfügbar machen.

Starke Kommunen brauchen echte Gestaltungsmacht

Wenn Kommunen Verantwortung tragen sollen, müssen sie mehr sein dürfen als Verwaltungsstellen des Freistaats. Dazu gehört auch, dass der Freistaat das Steuerfindungsrecht der Kommunen respektiert. Städte und Gemeinden müssen die Möglichkeit haben, örtliche Steuern wie Betten- oder Verpackungssteuern einzuführen, wenn sie dies für sinnvoll erachten. Andere Bundesländer machen das seit Jahren vor. Es funktioniert, erzeugt keine unverhältnismäßige Bürokratie und sorgt dafür, dass Kommunen sowohl eigene, stabile Einnahmen generieren als auch Lenkungsanreize nach dem Verursacherprinzip im Sinne des Gemeinwohls setzen können.

Ein neues Verhältnis zwischen Land und Kommunen

Vor allem aber braucht es ein Klima des Vertrauens. Wer vor Ort Verantwortung übernimmt, braucht Freiräume. Und wer Freiräume bekommt, darf auch Fehler machen dürfen. Fehler sind Teil eines lernenden Systems – sie sind kein Argument gegen kommunale Selbstständigkeit, sondern eines dafür, sie verantwortungsvoll zu stärken.

Nur wenn der Freistaat seine Kommunen als Partner auf Augenhöhe behandelt, bleibt Bayern ein Land mit starken Regionen, lebenswerten Orten und Verwaltungen, die nicht nur verwalten, sondern Zukunft gestalten. Die Herausforderungen sind groß – aber die Chancen sind es ebenso. Jetzt ist der Moment, sie zu nutzen.

Gleiche Chancen in Bayern – Für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land



*Von Holger Griebhammer,
MdL, Vorsitzender der SPD-
Fraktion im Bayerischen
Landtag
(Foto: Stefan Brix)*

Bayern ist ein starkes Land – wirtschaftlich, kulturell und sozial. Doch wer genau hinschaut, sieht: Nicht alle profitieren gleichermaßen von dieser Stärke. Während Ballungsräume wie München, Nürnberg oder Augsburg boomen, kämpfen viele Regionen in Nord- und Ostbayern mit Abwanderung, Fachkräftemangel und fehlender Infrastruktur.

Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sind kein Luxus, sondern eine Verpflichtung – und nicht zuletzt auch gesetzlich vorgesehen. Wir wollen ein Bayern, in dem nicht der Wohnort darüber entscheidet, ob man Zugang zu guter Bildung, verlässlicher medizinischer Versorgung, schnellem Internet oder kulturellen Angeboten hat. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten, dass Menschen überall im Freistaat ihr Leben selbstbestimmt gestalten können – unabhängig davon, ob sie in Schweinfurt, Passau oder im Allgäu leben.

Der Landtag hatte eigens eine Enquete-Kommission „gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ eingesetzt, die bereits Ende 2017 ihre Handlungsempfehlungen vorgelegt hat. Passiert ist seitdem fast nichts. Wir brauchen eine moderne Infrastruktur, das heißt: schnelles Internet, einen zuverlässigen ÖPNV sowie neue Straßen und Schienen. Das von der Koalition in Berlin beschlossene Sondervermögen ist dafür ganz entscheidend. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass ein Großteil – nämlich 70 Prozent – der Mittel an die Kommunen fließen. Bayerns Kommunen müssen aber auch dauerhaft ein stabiles Finanzfundament bekommen, damit sich die Defizite nicht andauernd erhöhen.

Wir als SPD haben dafür bereits Vorschläge gemacht: Bayerns Kommunen sollen jährlich eine Kommunalmilliarde aus dem Sondervermögen des Bundes erhalten. Zudem sitzt Bayern aktuell auf vier Milliarden Euro, die als Rekord-Erbschaftssteuer von den Knorr-Bremse-Erben an den Freistaat überwiesen wurden. Davon könnten 1,5 Milliarden als Soforthilfe direkt und per Pro-Kopf-Verteilung an alle bayerischen Städte und Gemeinden fließen. Weitere 100 Millionen Euro pro Jahr blieben übrig, wenn die Fraktionen von CSU und Freien Wählern auf ihre „Fraktionsinitiativen“ verzichten würden. Dieses Geld wäre als Direktzahlung an die Kommunen sinnvoll investiert.

Unerlässlich ist aber: Wir müssen Anreize für die Wirtschaft schaffen, auch in strukturschwache Regionen zu investieren. Dazu braucht es mehr Unterstützung der Hochschulen vor Ort, mehr bezahlbaren Wohnraum und eine flexible Kinderbetreuung. Gleichzeitig müssen wir die Gesundheitsversorgung auf sichere Beine stellen. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, schnell und wohnortnah einen Arzt oder ein Krankenhaus zu erreichen. Dazu braucht es endlich eine zukunftsorientierte Krankenhausplanung. Wichtig ist uns als SPD zudem: Die Menschen vor Ort wissen am besten, wie sie ihre Zukunft gestalten wollen. Deshalb brauchen unsere Kommunen Freiraum – finanziell und politisch. Gleichwertige Lebensverhältnisse gibt es nur mit starken Gemeinden, die gestalten dürfen. Sie wissen selbst am besten, ob ein neuer Sportplatz benötigt wird und wie groß er werden soll. Welcher Ort ein Schwimmbad benötigt und ob zuerst das Rathaus oder die Grundschule saniert werden muss.

Für gleichwertige Lebensverhältnisse braucht es Investitionen – und um die den Kommunen zu ermöglichen, profitiert der Freistaat ganz maßgeblich vom schon erwähnten Sondervermögen des Bundes, das – und das darf ich in aller Bescheidenheit erwähnen – ganz maßgeblich auf Initiative der SPD zustande gekommen ist. Wir ernten also in Bayern die Früchte, die die schwarzrote Bundesregierung gesät hat. Ein weiteres Instrument, das ebenfalls sozialdemokratische Handschrift trägt, wird von der Regierungskoalition in Bayern nicht einmal genutzt – obwohl es einen Investitionsstau gibt und andere Bundesländer da weniger Skrupel haben: die Möglichkeit, in begrenztem Umfang Schulden auf-

zunehmen. Das ist seit der Lockerung der Schuldenbremse für die Bundesländer möglich. Ich bin kein erklärter Freund von Schulden, Schulden sind kein Selbstzweck. Aber sie sind eben auch keine Todsünde, wenn sie dafür genutzt werden, unser Land zukunftsfähig zu machen. Und darum geht es ja beim Sondervermögen: um Zukunftsinvestitionen und um den Klimaschutz. Die Kommunen im Freistaat zum Beispiel müssen sich dramatisch verschulden, weil sie den Investitionsstau sonst nicht auflösen können. CSU und Freie Wähler verlagern das Problem doch nur nach

unten, zu den Gemeinden, Landkreisen und Bezirken. Und das alles für die schwarze Null.

Zu den Zukunftsinvestitionen gehört vor allem unsere Infrastruktur: Wir sprechen über Schulbauten, über Brücken, Straßen und Schienen, über neue Kitas und moderne Kliniken oder Hochschulen. Also das, was für gleichwertige Lebensverhältnisse unerlässlich ist. Damit künftig auch bei genauerem Hinsehen gilt: Bayern ist ein starkes Land – wirtschaftlich, kulturell und sozial.

Die Welt im Umbruch: Welchen Beitrag kann die kommunale Ebene zur Resilienz unserer Demokratie leisten?



Von Prof. Dr. Ursula Münch,
Direktorin der Akademie für
Politische Bildung (Foto:
Akademie für Politische
Bildung)

Spätestens seit dem Versprechen der „blühenden Landschaften“ durch den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl am 3. Oktober 1990 wissen wir, dass tatsächlich ein Zusammenhang zwischen regionaler Infrastruktur und der Zufriedenheit mit „der“ Demokratie besteht. Genauer gesagt: Es gibt eine ursächliche Beziehung zwischen dem (derzeit geringen) Vertrauen der Bürger in die Politik der gemäßigten Parteien sowie den Ergebnissen politischen Handelns.

Merkmale einer „Welt im Umbruch“

Die aktuelle Umbruchsphase hat ihre Besonderheiten: Wir erleben die Hinwendung zu autoritärem und nationalistischem Denken und müssen uns darauf einstellen, dass wir in eine Phase der De-Globalisierung und Abschottung eintreten, mit der relevante Staaten auf verstärkte wirtschaftliche Konkurrenz und die Folgen weltweiter Migration reagieren. Und die Absage etwa der USA an eine machtbegrenzende multilaterale Ordnung trifft die Bundesrepublik ins Mark – schließlich beruhte deren Gründung auf dem Ziel einer fortschreitenden „Einbettung“ in eine verlässliche Staatenordnung. Zur „Welt im Umbruch“ gehört die Abwendung eines Teils der Bevölkerung von redaktionell verantwor-

teten Medieninhalten und die Hinwendung zu schnellen und zugespitzten Informationen bzw. auch Desinformationen.

Womöglich trugen die langen Phasen der wirtschaftlichen und politischen Stabilität in Deutschland sowie ein blauäugiger Blick auf das Ende des Kalten Krieges dazu bei, dass mehrere Bundesregierungen und die sie tragenden Parteien sich mit Blick auf unsere Energieversorgung, unsere Technologieabhängigkeit, unsere Wettbewerbsfähigkeit und die internationale Sicherheitslage auf das Prinzip Hoffnung verlassen haben: „Es wird schon alles gut gehen“. Gerade die politisch Verantwortlichen im Bund haben zu wenig bedacht, welches die denkbar schlechteste Entwicklung sein

könnte und was erstens zu tun ist, um diese zu verhindern und zweitens zu tun wäre, wenn sie doch einträte.

Im Jahr 1992 wurde „Politikverdrossenheit“ zwar zum „Wort des Jahres“ erklärt. Aber jahrzehntelang fanden die Unzufriedenheit in der Bevölkerung keine Andockstelle in Form einer als wählbar geltenden Partei. Lediglich die hohen Nichtwähleranteile in einzelnen Regionen waren ein Fingerzeig. Aber nach dem jeweiligen Wahlabend war das dann schnell wieder vergessen. Erst im Jahr 2013 wurde die Partei gegründet, die mit Hilfe der sog. „Flüchtlingskrise“ ab 2015 etwas Einschneidendes schaffte: Mit einer Mischung aus Unverbrauchtheit, Radikalität, bürgerlichem Anstrich und digital unterstütztem Skandalisierungsfuror gelang es der AfD, die Unzufriedenen anzusprechen und zu mobilisieren. Inzwischen hat sich die AfD in den Köpfen, den digitalen Kanälen und auf den Marktplätzen so ausgebreitet, dass sie trotz sinkender Flüchtlingszahlen und ungeachtet des Extremismus ihrer Protagonisten vielen Bürgern als exekutivtauglich erscheint.

Ursachen von Unmut und Unzufriedenheit in der Wählerschaft

Derzeit geht es häufig um die Themen Gerechtigkeit, um die Enttäuschung über gebrochene Versprechen der gemäßigten Parteien sowie um das Wahrnehmen werden durch „die“ Politik und die seriösen Medien: Viele Menschen haben den Eindruck, sie würden gegenüber anderen Gruppen benachteiligt – nicht zuletzt gegenüber Flüchtlingen. Den großen Umwälzungen begegnet man mit berechtigter Sorge: Der Arbeitsplatz, das Sicherheitsgefühl in den Innenstädten, die Hoffnung auf sozialen Aufstieg – vieles ist oder scheint bedroht. Diese Ängste abzutun oder diejenigen, die etwa Kritik an der Zahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge äußern, als Extremisten einzustufen, bringt die Menschen nicht zum „Umdenken“, sondern erhöht ihren Ärger über die Ignoranz derer „da oben“. Hinzu kommt die Unzufriedenheit mit der politischen Prioritätensetzung bei der Verwendung von Steuergeldern: Die Leute vernehmen ständig Einspar- und Maßhalteappelle und erleben gleichzeitig, dass in Anbetracht angeblicher oder tatsächlicher Sachzwänge dann doch immer Geld vorhanden ist: zur Rettung von Banken, für Waffenlieferungen, für Flüchtlinge aus der Ukraine.

Zum Unterschied zwischen „basic goods“ und „global goods“

Unter „basic goods“ bzw. „Grundgütern“ fällt etwa die Energie- oder die Gesundheitsversorgung sowie Bildung. Unter „global goods“ bzw. „globale Güter“ subsumiert man den Klima- und Artenschutz, aber auch die Wahrung des Völkerrechts oder faire Wettbewerbsbedingungen für die Weltwirtschaft. Obwohl diese Güter unverzichtbar sind, halten viele Menschen sie in Zeiten der Krise schon deshalb für weniger wichtig, weil diese Schutzrechte erstens Regulierungsaufwand verursachen und zweitens häufig anderen Regionen der Welt zugutekommen – mit uns also scheinbar gar nichts zu tun haben.

Warum Fahrradwege skandalisierbar sind

Genau an diesen Unterschieden zwischen basic und global goods und den entsprechenden politischen Prioritäten setzen völkisch ausgerichtete Parteien an: Sie identifizieren treffsicher alles, was als Beleg dafür gelten kann, dass die Parteien der Mitte und links der politischen Mitte die falschen Prioritäten setzen. So lässt sich aus einem Fahrradweg für Peru ein Gerechtigkeits-thema mit Freund Feind-Unterbau machen: Hier das wahre Volk und die „ehrlichen Unternehmer“ und dort die praxisfernen „globalen Eliten“ und EU-Institutionen. Antipluralisten setzen darauf, dass den meisten Menschen gerade in Krisenzeiten das Hemd näher ist als die Jacke. Und sie bestärkten die Bürger in ihrem Ärger: Etwa darüber, dass für die Flüchtlinge neue Unterkünfte gebaut wurden, während es weiterhin durch das Dach der Schule regnet.

Prekäre Situation der Kommunalfinanzen und die Erwartungen der Bürgerschaft

Im Jahr 2024 wurde ein Rekorddefizit der deutschen Kommunen in Höhe von fast 25 Milliarden Euro verzeichnet, und laut Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wachsen die kommunalen Schulden in Bayern schneller als im Rest Deutschlands. Die Übertragung verwaltungstechnisch aufwendiger und teurer Aufgaben seitens des Bundesgesetzgebers und damit über den Bundesrat, also auch die Landesregierungen, verschärft die strukturelle Schieflage und raubt vielen Kommunen jeden politischen Handlungsspielraum.

Den kommunalen Verantwortungsträgern sind diese Zusammenhänge vertraut. Aber nicht der Bürgerschaft: Diese erlebt zwar sehr genau, was im Landkreis

oder der Kommune geschieht. Dass die praktische Kommunalpolitik aber ganz stark von Land, Bund und der EU abhängt, bleibt den meisten schlicht verborgen. Kaum jemand interessiert sich dafür, ob die Landkreise, Städte und Gemeinden tatsächlich über die „Grundlagen finanzieller Eigenverantwortung“ verfügen, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom Juli 2020 festgestellt hatte. Und so verstärkt sich die ohnehin bestehende Schieflage zwischen der kommunalen Leistungsfähigkeit und den Erwartungen der einerseits verwöhnten und andererseits vom Wohnort zum Teil entfremdeten Bevölkerung.

Welche Perspektiven gibt es? Wie wird die kommunale Ebene resilient?

Bei allem Verständnis für das angesprochene Hemd-Jacken-Problem: Es wäre falsch, sich nur noch auf „Wohltaten“ für die eigenen Bürger zu konzentrieren und die scheinbar entfernten Themen wie Klimaschutz, Menschenrechte oder Multilateralismus auf bessere Zeiten zu verschieben.

Auch außerhalb schulischer „Verfassungsviertelstunden“ lohnt sich der Blick in unser Grundgesetz. Ausnahmsweise nicht in Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz, sondern in die Präambel: „... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Dieser Satz ist Perspektive und Auftrag: Auch in Zeiten hoher Lebenshaltungskosten und äußerer Bedrohungen geht es darum, unsere Verantwortung für Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand aktiv wahrzunehmen. Schließlich profitieren nicht nur die Bürger, sondern gerade auch die Unternehmen vor Ort von den Rahmenbedingungen, die der demokratische Verfassungsstaat und die kommunale Selbstverwaltung herstellen: Politische Stabilität – und damit Verlässlichkeit; Rechtsstaatlichkeit und Kontrolle von Regierungshandeln – und damit Schutz vor Nepotismus und staatlicher Willkür; Meinungs- und Medienfreiheit – und damit Schutz vor Korruption.

An die 1949 formulierten Ziele wird es immer nur Annäherungen geben – nie einen perfekten Zustand. Auf allen politischen Ebenen ist zweierlei erforderlich: Vorleben und erklären, dass das Niveau der „basic goods“ höchstens gehalten werden kann und auf absehbare Zeit nicht mehr gesteigert werden kann. Und in der täglichen (Erklärungs-)Arbeit konsequent mitbedenken, warum die Sorge vor möglichen Schlechterstellungen und vor Vernachlässigung von Grundgütern ein Einfallstor für Populisten ist – und bleiben wird.

Aufgaben mit Blick auf die Kommunalwahl am 8. März 2026

Nicht „Lieferversprechen“ zählen, sondern die Antworten auf diese Fragen: Wo kann Politik, wo können Landkreise und Gemeinden, handeln und wo sind ihre Grenzen? Ein „Tugendkatalog“ zeigt Ansatzpunkte auf:

1. Tugend der Tat: Statt eines „sentimentalen Blicks auf die Vergangenheit“ (Andreas Voßkuhle), brauchen wir das gemeinwohlorientierte gemeinsame Anpacken.
2. Tugend der Glaubwürdigkeit: Politiker und Mitglieder des öffentlichen Dienstes müssen glaubwürdig für Veränderungsbereitschaft stehen, nach dem Motto: „Veränderung beginnt bei mir“.
3. Tugend der Assoziation: „Nicht das Fest ist das Gemeindeleben, sondern die Organisation des Festes“ (Juliane Stückrad).
4. Tugend der kommunalpolitischen Bildung: Eine Demokratie, in der zwar Insider, aber nicht die Bürger die Grundzüge der Politik verstehen, hat verloren. Helfen kann das aktivierende Einbinden in die Vorbereitung von Entscheidungen.
5. Tugend des (politischen) Wettbewerbs: Die sachbezogene Auseinandersetzung über unterschiedliche Problemlösungen ist der Kern der Kommunalpolitik, und die Positionen der Extremisten dürfen nicht die einzige Opposition sein.
6. Tugend der Stärkung: Um Vertrauensverlust zu verhindern, muss man auch das eigene Verwaltungspersonal stärken.

Vieles wollen und müssen Landkreise und Kommunen selbst leisten, aber sie sind auch auf andere angewiesen: Der Bundesgesetzgeber muss die klare Zuordnung der Finanzierungsverantwortung bei bundesgesetzlich auferlegten Aufgaben deutlich ernster nehmen als bislang. Das setzt den Verzicht auf Wahlgeschenke des Bundes voraus, die von den Kommunen eingelöst werden müssen. Das sog. „Sondervermögen“ muss in Investitionen fließen und zusätzlich zu dem investiert werden, was Bund und Länder in ihren Haushalten ohnehin festgehalten haben. Auch auf kommunaler Ebene ist die Priorisierung von Mitteln aus dem „Sondervermögen“ nach wirtschaftspolitischer Dringlichkeit erforderlich. Innovation und Wirtschaftswachstum müssen die Ziele sein, nicht die Erwartungshaltung komfortorientierter Bürger. Oder wie die Schweizer Philosophin Jeanne Hersch (1910-2000) feststellte: „Wer hat je versprochen, dass Menschsein leicht ist? Menschsein heißt, seine Freiheit zu üben an dem, was man so schwer erträgt.“

15. Oktober – 1. Tag



Präsident Thomas Karmasin eröffnet die Landrätetagung.



Die gemeinsame Sitzung von Präsidium und Landesausschuss des Bayerischen Landkreistags fand im Wasserschloss Mitwitz statt.



Der gastgebende Landrat Klaus Löffler heißt seine Gäste herzlich willkommen.



Der Erste Bürgermeister des Marktes Mitwitz Oliver Plewa begrüßt die Gäste.



Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, hält einen Zukunftsimpuls zum Thema „Die Welt im Umbruch. Wie resilient ist unsere Demokratie und welchen Beitrag kann die kommunale Ebene leisten?“.



1. Reihe v.l.: Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied, mit Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags



Fokussiert – Landrätinnen und Landräte im Zuhörmodus



Prof. Dr. Ursula Münch im Gespräch mit dem Moderator Julian von Löwis



Digitaler Impuls mit Austausch mit Thorsten Frei, MdB, Bundesminister für besondere Aufgaben / Chef des Bundeskanzleramtes



Landrat Franz Löffler, Cham, meldet sich zu Wort.



Landrat Stefan Röble, Donau-Ries



Landrat Max Heimerl, Mühldorf a. Inn

*Holger Griebhammer, MdL,
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion*



Diskussionsrunde „Flächendeckend gleichwertige Lebensverhältnisse oder politische Illusion?“ (v.l.n.r.): Bernhard Pohl, MdL, 1. Stv. Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Tanja Schorer-Dremel, MdL, Stv. Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Holger Griebhammer, MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, Tim Pargent, MdL, Stv. Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag, mit dem Moderator Julian von Löwis (BR)



Tanja Schorer-Dremel, MdL, Stv. Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag



Tim Pargent, MdL, Stv. Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag (links), im Austausch mit Julian von Löwis (BR)



Landrätin Tamara Bischof strahlte an ihrem Ehrentag ganz besonders. Sie wurde am 15. Oktober vor 25 Jahren zur Landrätin des Landkreises Kitzingen gewählt und ist heute die dienstälteste Landrätin bundesweit.



Bernhard Pohl, MdL, 1. Stv. Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

15. Oktober – Festabend



Freuen sich auf den Festabend (v.l.): Landrat Johann Kalb, Bamberg, und Landrat Sebastian Straubel, Coburg



Der Gastgeber Landrat Klaus Löffler (3.v.l.) mit seinem tollen Team vom Landratsamt



V.l.: Klaus Geiger, Referent für Finanzen, Organisation und digitale Verwaltung des Bayerischen Landkreistags (BayLkT), Landrat Dr. Alexander Legler, Aschaffenburg, Landrat Johann Kalb, Bamberg, Landrat Klaus Peter Söllner, Kulmbach, und Landrat Willibald Gailler, Neumarkt i.d.OPf.



Mitte v.l.: Landrat Sebastian Straubel, Coburg, Landrat Thomas Eberth, Würzburg, Kreisrat Siegfried Erhard, Bad Kissingen, Klaus Geiger, BayLkT



Eine gesellige Runde (v.l.): Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des BayLkT, Sarah Honold, Pressesprecherin des BayLkT, Landrat Werner Bumeder, Dingolfing-Landau, Landrat Raimund Kneidinger, Passau, Landrat Michael Fahmüller, Rottal-Inn, Landrat Martin Neumeyer, Kelheim, Landrat Josef Laumer, Straubing-Bogen, Landrat Peter Dreier, Landshut, und Landrat Dr. Hans Reichhart, Günzburg



V.l.: Landrat Thomas Ebeling, Schwandorf, Cynthia Derra, Referentin für Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Informations- und Kommunikationstechnik, Datenschutz beim BayLkT, Dr. Klaus Schulenburg, Stellv. Geschäftsführer und Referent für Soziales, Gesundheit, Krankenhauswesen beim BayLkT, Sabine Ahlers-Reimann, Referentin für Kinder- und Jugendhilfe, Ausländer- und Asylrecht, Integration, Europa beim BayLkT, Matthias Rischpler, Referent für Wirtschaft und Verkehr, Vergabe- und Beihilferecht, Verbraucherschutz beim BayLkT, Dr. Christian Hofer, Referent für Bauen, Landesentwicklung, Klima und Energiewende beim BayLkT, und Landrat Richard Reisinger, Amberg-Weizsach



V.l.: Kreisrat Wolfgang Kreil, Wunsiedel i. Fichtelgebirge, Landrat Thomas Eichinger, Landsberg am Lech, Landrat Dr. Hans Reichhart, Günzburg, Landrat Erwin Schneider, Altötting, Kreisrätin und MdL a.D. Ingrid Heckner, Altötting, und Landrat Max Heimerl, Mühldorf a.Inn



Landrat Bernd Sibler, Deggendorf, mit Henry Schramm, Bezirkstagspräsident von Oberfranken (rechts im Bild)



Der Chamer Landrat Franz Löffler (links) im Gespräch mit Marko Wolfram, Landrat des Kreises Saalfeld-Rudolstadt, und Landrat Klaus Löffler, Kronach



Strahlten um die Wette (v.l.): Petra Fugmann, LRA Kronach, Florian Luder Schmid, Regierungspräsident von Oberfranken, MdL Thorsten Glauber, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, und Monika Kukowski, LRA Kronach



Es wurde fleißig mitgesungen (v.l.): Landrat Bernd Sibler, Deggendorf, Landrat und Dritter Vizepräsident Sebastian Gruber, Freyung-Grafenau, Landrat Werner Bumeder, Dingolfing-Landau, Landrat Raimund Kneidinger, Passau, Landrat Michael Fahmüller, Rottal-Inn, Landrat Martin Neumeyer, Kelheim, Landrat Klaus Löffler, Kronach, Landrat Peter Dreier, Landshut, Landrat Dr. Ronny Raith, Regen



Landrat Klaus Löffler (links) mit Regierungspräsident Florian Luderschmid





Strahlten in die Kamera (v.l.): Landrat Klaus Peter Söllner, Kulmbach, Landrat Klaus Löffler, Kronach, Landrat Thomas Eberth, Würzburg, Landrat Martin Neumeyer, Kelheim, und Landrat Dr. Alexander Legler, Aschaffenburg

V.l.: Kreisrat und MdB a.D. Bartholomäus Kalb, Deggendorf, Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des BayLkT, Peter Görlich, Referent für Kommunalrecht, Bildung, Personal beim Bayerischen Landkreistag, Landrat Werner Bumeder, Dingolfing-Landau, Landrat Raimund Kneidinger, Passau, und Landrat Michael Fahmüller, Rottal-Inn



V.l.: Sabine Ahlers-Reimann, BayLkT, Landrat Roland Grillmeier, Tirschenreuth, Landrat Richard Reisinger, Amberg-Weizbach, Sarah Honold, BayLkT, Landrat Thomas Ebeling, Schwandorf, Cynthia Derra, BayLkT





Präsident Thomas Karmasin bei seiner Rede am Festabend



Präsident Thomas Karmasin (rechts) bedankt sich beim Gastgeber Landrat Klaus Löffler und seiner Ehegattin Silke Löffler.





V.l.: Erster Bürgermeister des Marktes Mitwitz Oliver Plewa, Landrätin Tamara Bischof, Zweite Vizepräsidentin des BayLkT, Präsident Thomas Karmasin, Staatsminister Thorsten Glauber, MdL



V.l.: Landrätin Tamara Bischof, Zweite Vizepräsidentin des BayLkT, Oliver Plewa, Erster Bürgermeister des Marktes Mitwitz, Henry Schramm, Bezirkstagspräsident von Oberfranken, Florian Luderschmid, Regierungspräsident von Oberfranken

Staatsminister Thorsten Glauber begrüßt die Gäste am Festabend.



Vorne von links: Landrat Thomas Eberth, Würzburg, Landrat Sebastian Straubel, Coburg, Landrat Peter Berek, Wunsiedel i. Fichtelgebirge, Landrat Willibald Gailler, Neumarkt i.d.OPf.



Die oberbayerischen Landräte fast unter sich (vorne links beginnend): Landrat Anton Speer, Garmisch-Partenkirchen, Landrat Olaf von Löwis of Menar, Miesbach, Landrat Peter von der Grün, Neuburg-Schrobenhausen, Landrat Stefan Löwl, Dachau, Kreisrat Wolfgang Kreil, Wunsiedel i. Fichtelgebirge, Landrat Thomas Eichinger, Landsberg am Lech, Landrat Erwin Schneider, Altötting, Kreisrätin und MdL a.D. Ingrid Heckner, Altötting, Landrat Max Heimerl, Mühldorf a.Inn, und vorne in der Mitte Landrat Bernhard Kern, Berchtesgadener Land

Vorne links beginnend: Landrat Otto Lederer, Rosenheim, Landrat Andreas Danzer, Traunstein, Landrätin Eva Treu, Neu-Ulm, Landrat Alex Eder, Unterallgäu, Landrat Elmar Stegmann, Lindau (Bodensee), Landrat Stefan Röble, Donau-Ries, Landrat Dr. Hans Reichhart, Günzburg, Frank Tiesch, Leiter Vertrieb an Behörden der BMW AG, Kreisrat Franz Hofstetter, Erding, Landrat Alexander Anetsberger, Eichstätt, und Landrat Robert Niedergesäß, Ebersberg (vorne mittig)





*Genießen die Ruhe in der Ecke (v.l.):
Andrea Schuhbauer, Gabi Keilhammer,
Christine Trapp und Sabine Ahlers-
Reimann vom Bayerischen Landkreistag*



Sorgte am Festabend für Stimmung: Sigg Stadter



*Nutzten die Zeit für einen Austausch: Landrat Alex
Eder, Unterallgäu, und Staatsminister Thorsten
Glauber, MdL (rechts)*



Die geladenen Ehrengäste des Landkreises Kronach



V.l.: Landrat Raimund Kneidinger, Passau, Landrat Michael Fahmüller, Rottal-Inn, Landrat Erwin Schneider, Altötting, Landrat Martin Neumeyer, Kelheim, Landrat Josef Laumer, Straubing-Bogen, und Landrat Peter Dreier, Landshut



Das Ehepaar Löffler



V.l.: Landrat Roland Grillmeier, Tirschenreuth, Landrat Peter Berek, Wunsiedel i. Fichtelgebirge, Landrat Thomas Bold, Bad Kissingen



Andrea Schuhbauer (Mitte), Assistentin beim Bayerischen Landkreistag mit ihren beiden Referenten Sabine Ahlers-Reimann und Dr. Klaus Schulenburg. Zum Jahresende verabschiedet sie sich in den Ruhestand.



Gute Stimmung herrschte bei Landrat Sebastian Straubel, Coburg, und Landrat Stefan Rößle, Donau-Ries (rechts).



Gemütliche Runde (v.l.): Landrat Stefan Löwl, Dachau, Landrat Dr. Alexander Legler, Aschaffenburg, Landrat Bernhard Kern, Berchtesgadener Land, und Landrat Peter von der Grün, Neuburg-Schrobenhausen



Schwingten das Tanzbein: Landrätin Tamara Bischof, Kitzingen, und der Gastgeber Landrat Klaus Löffler, Kronach



Landrat Alexander Anetsberger, Eichstätt, Peter Görlich, BayLkT, Landrat Otto Lederer, Rosenheim, Landrat Stefan Frey, Starnberg (stehend), Landrat Anton Speer, Garmisch-Partenkirchen



Landrat Stefan Röble, Donau-Ries (links), mit Peter Görlich, BayLkT

*V.l.: Regierungspräsident Florian Luder-
schmid, Landrat Thomas Habermann,
Erster Vizepräsident des BayLkT, Klaus
Geiger, BayLkT*



16. Oktober – 2. Tag



Video-Grußwort von Alexander Dobrindt, MdB, Bundesminister des Innern



V.l.: Finanzminister Albert Füracker wird vor der Tagung von Landrat Klaus Löffler und Präsident Thomas Karmasin begrüßt.



Albert Füracker, MdL, Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat



Landrat Stefan Röble, Donau-Ries meldet sich zu Wort.



V.l.: Geschäftsführerin Andrea Degl, BayLkT, Staatsminister Albert Füracker und Präsident Thomas Karmasin diskutierten zum Thema „Finanzielle Ressourcen für die Landkreise: Anforderungen und Lösungen“.



Landrat Martin Neumeyer, Kelheim



*Landrat Thomas Eichinger, Landsberg
a. Lech*



Landrat Dr. Alexander Legler, Aschaffenburg



Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied BayLkT



Schlussworte des Ersten Vizepräsidenten Thomas Habermann

(Bildquellen: LRA Kronach und Bayerischer Landkreistag)

Gemeinsam für eine digitale Zukunft: Acht bayerische Landkreise setzen gemeinsam Maßstäbe im ÖGD-Pakt

In einer Zeit, in der Digitalisierung immer wichtiger wird, zeigen die Landkreise Bad-Tölz-Wolfratshausen, Dachau, Fürstenfeldbruck, Freising, Garmisch-Partenkirchen, Haßberge, Kelheim und Rottal-Inn – in Zusammenarbeit mit dem Beratungsunternehmen HCS Partners – besonderes Engagement. Im Rahmen des EU-Förderprojektes ÖGD-Pakt, haben sie ein Verbundprojekt ins Leben gerufen, das die Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) vorantreibt.

Dieses Projekt ist ein Paradebeispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit und Innovation. Die beteiligten Landkreise haben es sich zur Aufgabe gemacht, den ÖGD fit für die Zukunft zu machen und dabei die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt zu stellen. Durch den Einsatz digitaler Lösungen wird nicht nur die Effizienz gesteigert, sondern auch die Qualität der öffentlichen Gesundheitsverwaltung verbessert.

„Unser Ziel ist es, den ÖGD so zu gestalten, dass er den Anforderungen der heutigen Zeit gerecht wird und gleichzeitig für die Zukunft gerüstet ist“, betont Frau Dr. Trempetic vom Gesundheitsamt Bad Tölz. „Wir sind stolz darauf, dass wir gemeinsam mit unseren Partnern einen wichtigen Beitrag zur Digitalisierung leisten können.“

Landrat Josef Niedermaier Bad Tölz-Wolfratshausen: „Dieses Projekt zeigt, wie wichtig es ist, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen. Die Digitalisierung des ÖGD ist ein entscheidender Schritt, um die Leistungen der öffentlichen Gesundheitsverwaltung in unseren Landkreisen nachhaltig zu verbessern.“

Konkrete Digitalisierungsmaßnahmen, die bei vielen Ämtern im Rahmen des Projekts umgesetzt wurden, umfassen:

- **Steigerung der Qualität von Infektionsmeldungen:** Im Rahmen des Projekts wurde gemeinsam mit dem Robert Koch-Institut (RKI) und dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) daran gearbeitet, die Voraussetzungen für eine höhere

Qualität der übermittelten meldepflichtigen Gesundheitsdaten zu schaffen. Ergänzt wurde das Projekt durch eine Informationskampagne für Ärzte und Labore, die auf die neuen sicheren elektronischen Übertragungsmöglichkeiten aufmerksam machte. Ziel war es, die Nutzung dieser digitalen Wege zu fördern – für schnellere, präzisere und effizientere Infektionsmeldungen.

- **Mehr Online-Formulare:** Bürgerinnen und Bürger können nun weitere Anträge und Formulare bequem von zu Hause aus online ausfüllen und einreichen, ohne persönlich ins Amt gehen zu müssen.
- **Digitale Belehrungen:** Belehrungen nach dem Infektionsschutzgesetz (i.d.R. für eine Beschäftigung in der Gastronomie) können jetzt standardisiert online durchgeführt werden, was den Bürgerinnen und Bürgern Zeit und Wege erspart.
- **Sichere Kommunikation:** Gesundheitsdaten werden zwischen Leistungserbringern der Gesundheitsversorgung via Telematikinfrastruktur über sichere und verschlüsselte Kanäle übertragen, um die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger noch besser zu schützen.
- **Standardisierter Datenaustausch:** Durch die Einführung einer zentralen Datendrehscheibe (FIT-Connect) können verschiedene Systeme nahtlos miteinander kommunizieren, was die Zusammenarbeit zwischen den Behörden verbessert.

Die Bürgerinnen und Bürger der beteiligten Landkreise können sich über eine moderne und zukunftsorientierte öffentliche Gesundheitsverwaltung freuen. Dieses Verbundprojekt zeigt, dass durch gemeinsames Engagement und innovative Ansätze große Fortschritte erzielt werden können.

(LRA Bad Tölz-Wolfratshausen)

Landkreis Dachau widmet Charlotte Knobloch einen Baum am neuen Gymnasium in Karlsfeld

Dem Sprichwort „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“ folgend hat Landrat Stefan Löwl sein besonderes Versprechen eingelöst: Bereits zum 90. Geburtstag von Frau Dr. h.c. mult. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und wichtige Stimme der Erinnerungskultur, hatte er ihr, gemeinsam mit Dr. Michael Holland, Antisemitismusbeauftragter im Landkreis, im Namen des Landkreises Dachau einen Baum geschenkt. Drei Jahre später wurde dieses Geschenk nun an einem würdigen Ort gepflanzt.

Auf dem Pausenhof des neuen Gymnasiums Karlsfeld fand der Baum seinen Platz – als Symbol für Wachstum, Zusammenhalt und die Verantwortung gegenüber der Zukunft. „Der Baum wächst nun gemeinsam mit unserer Schulfamilie – das ist für uns eine große Ehre“, sagte Schulleiter Tobias Berlinger bei der feierlichen Pflanzung. Gemeinsam mit Landrat Löwl und Frau Präsidentin Knobloch griff er zum Spaten und setzte den Baum an seinem neuen Standort.

Für Charlotte Knobloch war die Pflanzung ein sehr persönlicher Moment: „Es ist eine große Freude für mich, dass ich – bei guter Gesundheit – so etwas Schönes erleben darf. Ich werde sehr gern kommen und meinen Baum besuchen. Ein Baum verändert sich, wächst, durchläuft Jahreszeiten – und ich freue mich sehr darauf, ihn hoffentlich noch viele davon begleiten zu dürfen.“

Bewegt fügte Charlotte Knobloch hinzu: „Sie haben mir einen echten Herzenswunsch erfüllt. Ich habe mir immer einen Baum gewünscht, den ich anschauen kann und dessen Gedeihen ich verfolgen darf. Dass Sie mir das schenken – das bedeutet mir sehr viel.“

Der gepflanzte Baum ist ein sog. Lebkuchenbaum, auch bekannt als Japanischer Kuchenbaum. Dieser sommergrüne Zierbaum stammt ursprünglich aus Ostasien. Seine herzförmigen Blätter färben sich im Herbst in leuchtendem Gelb, Orange und Rot und verströmen bei feuchtem Wetter einen charakteristischen Duft nach Lebkuchen, Zimt und Karamell. Er wächst auf eine Höhe von etwa 6–8 Metern. Das gepflanzte Exemplar hat bereits ein Alter von ca. 10 bis 15 Jahren – damit ist es ungefähr so alt wie viele Schülerinnen und Schüler des jungen Gymnasiums.



Von links nach rechts: Tobias Berlinger, Schulleiter am GMK, seine Stellvertreterin Karoline Nitzelnader, Landrat Stefan Löwl, Charlotte Knobloch, Dr. Michael Holland, Antisemitismusbeauftragter im Landkreis Dachau, vom Jugendkreistag Katalin Karadi und Fachschaftsleitung Geschichte am GMK Margaretha Paulus
(Foto: © Landratsamt Dachau, Sina Török)

Charlotte Knobloch kommentierte: „Das ist ein Beginn und ein Beleg für die Zukunft – dass alle gemeinsam erreichen können, was sie erreichen wollen.“

Landrat Stefan Löwl unterstrich die besondere Bedeutung der Wahl des Standorts: „Ich wusste zunächst nicht, wo der Baum gut passen könnte. Dann kam mir die Idee, ihn an dieser Schule zu pflanzen – an einem Gymnasium für Dachauer und Münchner Schülerinnen und Schüler, einem Ort der Verbindung zwischen Landeshauptstadt und Dachauer Land. Und dazu ein Standort in Karlsfeld, einem Ort mit historischer Bedeutung, durch den auch der Todesmarsch führte. Die Schulleitung hat der Pflanzung und Widmung sofort zugestimmt. Hier steht der Baum nun an einem zentralen Ort – mitten im Schulleben, mitten unter jungen Menschen.“

Auch Schulleiter Berlinger hob die pädagogische Bedeutung hervor: „Wir würden uns sehr freuen, wenn Frau Dr. Knobloch künftig mit unseren Schülerinnen und Schülern ins Gespräch kommt.“ Die Präsidentin nahm die Einladung dankbar an. Sie betonte, wie sehr sie sich auf einen Besuch an der neuen Schule freue – sowohl, um das Gebäude kennenzulernen, als auch, um mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen: „Ich spreche gern mit jungen Menschen – über das Vergangene, das Heute und das Morgen.“

(LRA Dachau)



Landrat Stefan Löwl und Charlotte Knobloch nach getaner Arbeit
(Foto: © Landratsamt Dachau, Sina Török)

Treffen der Altlandräte und Regierungspräsidenten Erfahrungsaustausch und Besichtigung des erweiterten Landratsamtes

Im Landratsamt Aichach-Friedberg kamen kürzlich die Altlandräte und Regierungspräsidenten aus dem Regierungsbezirk Schwaben mit Landrat Dr. Klaus Metzger zu einem kollegialen Treffen zusammen. Der regelmäßige Austausch, der heuer in Aichach stattfand, dient der Pflege der langjährigen Verbindung sowie der Diskussion aktueller Entwicklungen und der Weitergabe wertvoller Erfahrungen.

Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart

Elmar Stegmann, Landrat des Landkreises Lindau (Bodensee) und Vorsitzender des Bayerischen Landkreistags im Regierungsbezirk Schwaben, unterstrich die Bedeutung dieser Zusammenkünfte: „Solche Treffen sind eine wunderbare Gelegenheit, die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart zu pflegen, Erfahrungen weiterzugeben und aktuelle Entwicklungen zu diskutieren.“

Ein besonderer Programmpunkt war neben einem Besuch in der Justizvollzugsanstalt Aichach die Besich-

Landrat Dr. Klaus Metzger zeigte sich erfreut über die Begegnung: „Selbstverständlich bin ich sehr gerne Gastgeber für meine Kolleginnen und Kollegen“, erklärte er, „die ehemaligen Amtsträger haben über viele Jahre hinweg Verantwortung für ihre Landkreise getragen und wertvolle Erfahrungen gesammelt, von denen auch heute noch profitiert werden kann.“

tigung des Erweiterungsbaus am Landratsamt Aichach-Friedberg. „Besonders eindrucksvoll war für uns die

Besichtigung des Erweiterungsbaus am Landratsamt Aichach-Friedberg“, führte Stegmann fort. „Dieser gelungene Erweiterungsbau erfüllt alle Voraussetzungen an modernen, bürgerfreundlichen Arbeitsplätzen und erleichtert die Abläufe sowohl für die Beschäftigten als auch für die Bürgerinnen und Bürger.“

Das Treffen bekräftigte den Wert des Generationenaustauschs und der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Kreisverwaltungen im Regierungsbezirk Schwaben.

(LRA Aichach-Friedberg)



V.l.: Landrat a.D. Anton Klotz (Oberallgäu), Dr. h.c. Jürgen Reichert (Bezirkstagspräsident a.D. von Schwaben), Altlandrat Gebhard Kaiser (Oberallgäu), Landrat Elmar Stegmann (Lindau (Bodensee)), Landrat a.D. Hans-Joachim Weirather (Unterallgäu), Ludwig Schmid (Regierungspräsident a.D. von Schwaben), Landrat a.D. Dr. Eduard Leifert (Lindau (Bodensee)), Landrat a.D. Leo Schrell (Dillingen a.d. Donau), Landrat Dr. Klaus Metzger (Aichach-Friedberg), Karl Michael Scheufele (Regierungspräsident a.D. von Schwaben), Altlandrat Hubert Hafner (Günzburg), Altlandrat Dr. Karl Voegelé (Augsburg)

(Bild: LRA Aichach-Friedberg, Bernd Burkhart)

Landkreis Unterallgäu will Gemeinden beim Bau von wichtigen Radwegen weiterhin unterstützen

Landrat Alex Eder setzt sich für Änderung der Rechtslage ein – Kreistag unterstützt Vorstoß

Ein gut ausgebautes Radwegenetz ist dem Landkreis Unterallgäu wichtig. Deshalb will sich Landrat Alex Eder dafür stark machen, dass der Kreis die Gemeinden beim Bau von überörtlich bedeutsamen Radwegen finanziell unterstützen darf. Dieses Vorhaben stieß im Unterallgäuer Kreistag auf breite Zustimmung: Das Gremium beauftragte den Kreischef einstimmig, sich beim Bayerischen Verkehrsministerium und bei den örtlichen Landtagsabgeordneten für eine Änderung der Rechtslage einzusetzen und befürwortete ein Schreiben an Staatsminister Christian Bernreiter.

Nach aktueller Rechtslage dürfen sich Landkreise nicht am Bau von Radwegen der Gemeinden beteiligen – auch nicht, wenn diese überörtliche Bedeutung haben. Im sogenannten Eichenauer Urteil hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof 1992 entschieden, dass der Aufbau – auch eines landkreisweiten – Radwegenetzes keine Landkreisaufgabe ist und ein Landkreis dafür kein Geld ausgeben darf. Rechtlich gesehen darf ein Landkreis nur sogenannte unselbstständige Radwege entlang von Kreisstraßen bauen.

Ob dies noch zeitgemäß ist, stellt Landrat Alex Eder in dem Schreiben in Frage: Mit der zunehmenden Verbreitung von E-Bikes und Pedelecs habe sich das Mobilitätsverhalten der Menschen geändert. Die Verlagerung des Individualverkehrs vom Auto aufs Fahrrad sei im Hinblick auf Klimaschutz, Verkehrssicherheit und Gesundheit wünschenswert und ein gut ausgebautes Netz sei für eine Rad- und Wanderregion wie das Unterallgäu nicht zuletzt auch touristisch von großer Bedeutung. Darüber hinaus könne der Landkreis sogar Geld sparen, wenn gezielt Lücken geschlossen und attraktive Verbindungen gefördert werden. Beschränke sich der Kreis auf Radwege entlang von Kreisstraßen, bedeute dies manchmal Umwege und erhebliche Mehrkosten, schreibt der Kreischef ans Ministerium.

Um ein flächendeckendes Radwegenetz zu schaffen, förderte der Landkreis den Radwegebau der Gemeinden seit den 1980er Jahren – mit kurzer Unterbrechung nach dem Eichenauer Urteil. Grundlage für die Förderung war ein Investitionsprogramm, das den kontinuierlichen Ausbau von 26 landkreisweit bedeutsamen

In dem Schreiben hebt Landrat Alex Eder die kommunale Selbstverwaltung hervor und fordert mehr Entscheidungsspielraum für den Landkreis. „Es geht uns nicht um eine grundsätzliche Verlagerung der Zuständigkeit. Vielmehr wollen wir auf freiwilliger Basis weiterhin den Bau von Radwegen durch die Gemeinden unterstützen dürfen, sofern das landkreisweite überörtliche Radwegkonzept von dem jeweiligen Weg profitiert.“

Radwegeachsen vorsah. Dann jedoch meldete ein Rechnungsprüfer einer Gemeinde rechtliche Zweifel an der Förderung an und der Landkreis stellte das Thema Radwegförderung im Unterallgäuer Gemeindetag und im Kreisausschuss zur Diskussion. Beide Gremien wollten an der Förderung festhalten, der Kreisausschuss musste seinen Beschluss schließlich aber revidieren. Denn die Regierung von Schwaben stufte das Eichenauer Urteil nicht als überholt ein und teilte dem Landkreis mit, dass er gemeindliche Radwege nicht fördern dürfe. Nun setzen sich der Landrat und der Kreistag für eine Rückkehr zur alten Förderpraxis ein.

(LRA Unterallgäu)

Senioren: Austausch über Landesgrenzen hinweg

Wahl in Pilsen: Die Kreisseniorenbeauftragte darf sich Oma des Jahres nennen

Eine kleine Gruppe von Seniorenbeauftragten aus dem Landkreis Regen war zusammen mit dem stellvertretenden Landrat Helmut Plenk und der Kreis-Seniorenbeauftragten Christine Kreuzer in Pilsen. Eingeladen hatte der Seniorenbeauftragte des Landkreises Pilsen, JUDr. Miloslav Hora, gemeinsam mit der Seniorenbeauftragten der Stadt Pilsen, Ing. Zdenka Hornofova.

Am Vormittag wurde die Gruppe am Pilsener Rathaus herzlich empfangen. Simona Fink von der Koordinierungsstelle Bayern-Böhmen stand als Dolmetscherin bereit. Von dort ging es zu Fuß weiter zum historischen Brauereimuseum, wo alle mit einem Pilsener Urquell willkommen geheißen wurden. Anschließend führte ein Guide durch in die unterirdischen Keller der Altstadt. Diese, bereits im 13. Jahrhundert etwa acht Meter tief gegraben, erstrecken sich über rund 13 Kilometer. Sie boten Schutz vor den Hussiten und Überfällen im Dreißigjährigen Krieg, da es dort unten ausreichend gutes Wasser gab. Später dienten die Keller als Eiskeller für die Brauereien. Heute sind sie eine Touristenattraktion, in der man Ausgrabungsstücke, alte Waffen, Zunftzeichen und historische Schriften bewundern kann.

Beeindruckt von der Führung stärkten sich die Teilnehmer beim Mittagessen mit böhmischen Spezialitäten. Ein Höhepunkt des Tages war die Teilnahme an der Ver-

anstaltung „Tag der Senioren – Wahl zur Großmutter des Jahres“. Musik, Tanz und die Auftritte der Tanzgruppe „Babuschka“ (bestehend aus Großmüttern) sowie einer Kinder- und Jugendtanzgruppe aus Pilsen sorgten für beste Unterhaltung. Die Wahl zur „Oma des Jahres“ ist ein landesweiter Wettbewerb in Tschechien, der jedes Jahr in einem anderen Bezirk stattfindet.

Eine besondere Überraschung erlebte Christine Kreuzer: Sie wurde erstmals zur Bayerischen Oma des Jahres gekürt – mit Krone, Urkunde und Blumen. Um sich zu qualifizieren, stellte sie sich als aktive Großmutter vor und trug ein Lied vor, das sie einst bei einer Aufführung der Zwieseler Drehscheibe gesungen hatte. Der Applaus war ihr sicher.

Natürlich gab es auch einen Austausch über die Seniorenarbeit in beiden Landkreisen. Fink als Dolmetscherin und Zdenka Blache, unsere Kontaktperson aus Geiersthal, ermöglichten den Austausch. Wie hoch die Seniorenarbeit in Tschechien geschätzt wird, zeigte die Anwesenheit hochrangiger Vertreter aus Politik und Regierung.



Die Teilnehmer (v.l.): RSDr. Zdenka Hovnofa, Seniorenbeauftragte der Stadt Pilsen, Harold Blache, Zdenka Blache, Eberhard Kreuzer, Simona Fink, Ing. Ing. Lenka Desatova, Mitglied des Regierungsrates für Senioren, Prag, Christine Kreuzer, Jur. Dr. Miloslav Hora, Kreis-Seniorenbeauftragter Landkreis Pilsen, Maria Bielmeier, Maria Bauer, Anton Bauer, stellvertretender Landrat Helmut Plenk. (Foto: Michael Kufner)

Nach einem herzlichen Dankeschön für die Gastfreundschaft traten die Gäste aus dem Landkreis Regen am Abend die Heimreise an. „Der Gegenbesuch unserer tschechischen Freunde ist bereits für den 15. Oktober beim Tanz- und Unterhaltungsnachmittag für Junggebliebene 65+ in Bayerisch Eisenstein geplant, wir freuen uns schon, dass unsere Nachbarn mit dabei sind“, stellt Kreuzer abschließend fest.

(LRA Regen)

Landkreis Hof macht Digitalisierung erlebbar – InnovationsRAUM und Website hoferland-digital.de zeigen die digitale Zukunft des Landkreises

Mit einem symbolischen Klick hat Bundesministerin Verena Hubertz im Rehauer Bahnhofsgelände die neue Website hoferland-digital.de offiziell freigeschaltet. Gemeinsam mit Landrat Dr. Oliver Bär und den Projektverantwortlichen eröffnete sie zugleich den InnovationsRAUM Hofer Land – eine interaktive Ausstellung, die zeigt, wie vielfältig die Digitalisierung im Landkreis Hof bereits Realität geworden ist.

„Die digitale Zukunft wird nicht nur in Start-ups geprägt, sondern auch auf dem Land. Mit dem Modellprojekt hoferLand.digital zeigt uns der Landkreis Hof, was digital und smart bedeutet. Es geht darum, schon vorher zu wissen, wie ein Gebäude im Stadtbild aussieht, ob eine Solaranlage auf mein Hausdach passt und welche Wege barrierefrei sind. Der Innovationsraum erlaubt, die eigene Region zu verstehen, fundiertere Entscheidungen zu treffen und verbessert das Zusammenleben. Dahin wollen wir mit den Smart-Cities-Programm und unterstützen als Bund das Projekt mit 14,4 Millionen Euro“, so Verena Hubertz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Einblicke in die digitale Heimat

Im „InnovationsRAUM Hofer Land“ können Besucherinnen und Besucher an **vier interaktiven Themenstationen** erleben, wie Digitalisierung den Landkreis verändert:

• Virtuelle Realität (VR):

Eine virtuelle Zeitreise durch das ehemals geteilte Dorf Mödlareuth oder die digitale Planung von Windrädern, PV-Anlagen und E-Ladesäulen zeigen, wie digitale Werkzeuge Geschichte und Zukunft miteinander verbinden.

• Dashboards & Datenvisualisierungen:

Aufbereitete Daten zu Themen wie Energieverbrauch, Bevölkerungsentwicklung oder Mobilität machen den Landkreis transparenter – und zeigen, wie Daten aktiv für Planung und Entwicklung genutzt werden können.

• LoRaWAN & Sensorik:

Hier wird das „Internet der Dinge“ sichtbar: Sensoren messen Pegelstände, erkennen Glättegefahr oder überwachen Löschwasserbehälter – für mehr Sicherheit und Effizienz in Alltag und Verwaltung.

• Digitaler Zwilling des Landkreises:

Der Landkreis Hof ist nun auch digital begehbar. Das dreidimensionale Modell ermöglicht es, Bauprojekte, Hochwassersimulationen oder Solarpotenziale anschaulich zu erleben und datenbasiert zu planen.



V.l.n.r.: Bürgermeister Michael Abraham, Bundestagsabgeordneter Heiko Hain, Bundesministerin Verena Hubertz, Landrat Dr. Oliver Bär, Landtagsabgeordneter Kristan von Waldenfels und Hermann Seiferth, Projektleiter hoferLand.digital

„Wir haben konkrete Anwendungsfälle, die zeigen, welchen Mehrwert Digitalisierung im Alltag schafft“, betont Landrat Dr. Oliver Bär. „Von VR-Brillen für das deutsch-deutsche Museum in Mödlareuth bis hin zu Sensoren, die Glätte erkennen oder Löschwasserstände überwachen – all das hilft, Ressourcen zu sparen, schneller zu reagieren und sicherer zu planen. Mit dem Digitalen Zwilling können wir zudem sehen, welche Orte bei Hochwasser gefährdet sind und Stadt- oder Dorfentwicklung gezielt darauf ausrichten.“

Zentrale Datenplattform für alle Kommunen

Ein weiterer Meilenstein ist die neue Website hofer-land-digital.de, die ab sofort für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich ist. Sie bündelt die digitalen Anwendungen des Landkreises an einem zentralen Ort und zeigt, wie Daten sinnvoll genutzt werden können.

„Unser Ziel ist es, alle Daten, die im Landkreis Hof entstehen, auffindbar und nutzbar zu machen“, erklärt Projektkoordinator Paul-Bernhard Wagner. „Mit der urbanen Datenplattform arbeiten wir nicht nur als Landkreis, sondern gemeinsam mit allen 27 Kommunen. Die Anwendungen stehen der Öffentlichkeit offen – ob Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen oder Verwaltungen.“

So können Privatpersonen beispielsweise mit dem Solarpotenzialkataster prüfen, ob sich eine Photovoltaikanlage auf dem eigenen Dach lohnt, Unternehmen erhalten Daten zur Standortplanung, und Verwaltungen können durch den digitalen Zwilling viele Arbeitsschritte virtuell erledigen.



Digitalisierung verständlich gemacht

„Wir haben im September 2020 mit der Strategiephase begonnen, die zwei Jahre dauerte“, erklärt Projektkoordinatorin Vanessa Wagner. „Seit 2022 befinden wir uns in der Umsetzungsphase, die bis 2027 läuft. In dieser Zeit entwickeln und realisieren wir konkrete Projekte, die Digitalisierung im Landkreis Hof erlebbar und nutzbar machen.“



Der Landkreis Hof ist eine von 73 Kommunen in Deutschland, die im Rahmen des Bundesprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ gefördert werden. Insgesamt stehen für die siebenjährige Projektlaufzeit 17 Millionen Euro zur Verfügung.

„Wir wurden ausgewählt, weil wir Digitalisierung nicht nur für eine Stadt, sondern gemeinsam mit 27 Kommunen im ländlichen Raum vorantreiben“, so Landrat Dr. Bär. „Damit leisten wir bundesweit Pionierarbeit – und schaffen Lösungen, von denen auch andere Regionen profitieren können.“

(LRA Hof)

„Mit Kleinkind willkommen“ in Landkreis und Stadt Aschaffenburg – Unterstützung „von Anfang an“

Von Monika Gabel (Gesundheitsregion^{plus} Landkreis und Stadt Aschaffenburg) und
Caroline Ruck (Gleichstellungsbeauftragte Landratsamt Aschaffenburg)

Eltern mit Babys oder Kleinkindern kennen die Situation bestimmt nur zu gut: Ein Besuch in der Stadt, ein Arzttermin oder ein Ausflug mit den Kleinsten wird schnell zur Herausforderung, wenn es unterwegs keine geeigneten Orte zum Stillen, Füttern oder Wickeln gibt. Nicht selten fühlen sich Familien gezwungen, die geplanten Wege abubrechen oder andere Lösungen zu finden. Verunsicherung kommt hinzu, wenn unklar ist, ob Eltern mit Kindern in einem Café, Geschäft oder einer Einrichtung willkommen sind, ohne dass ein Kauf oder eine Konsumverpflichtung besteht. Genau hier setzt die neue Initiative „Mit Kleinkind willkommen“ an, die in der Gesundheitsregion^{plus} Landkreis und Stadt Aschaffenburg ins Leben gerufen wurde. Ziel ist es, ein sichtbares Netzwerk von Anlaufstellen zu schaffen, in denen Familien mit Babys und Kleinkindern willkommen sind.

Aufkleber macht Familienfreundlichkeit sichtbar

Der Aufkleber im Format 15x15 Zentimeter, der gut sichtbar an Türen oder Fenstern angebracht wird, signalisiert Eltern auf den ersten Blick: Hier gibt es Möglichkeiten zum Stillen, Füttern, Wickeln oder für einen kurzen Toilettengang. Besonders wichtig ist den Initiatorinnen dabei, dass die Nutzung ohne Kaufzwang möglich ist.



Projektaufkleber „Mit Kleinkind willkommen“
(Copyright: Gesundheitsregion^{plus} Landkreis und Stadt Aschaffenburg)

„Es geht darum, Barrieren im Alltag von Familien abzubauen und ein Bewusstsein für Familienfreundlichkeit im öffentlichen Raum zu schaffen“, erklärt das Organisationsteam.

Auf den Aufklebern können die teilnehmenden Orte genau markieren, welche Angebote sie bereithalten. Manche Betriebe stellen etwa nur eine Toilette und eine Wickelmöglichkeit zur Verfügung, andere wiederum zusätzlich eine Sitzgelegenheit zum Stillen oder Füttern. So haben Familien eine klare Orientierung, welche Unterstützung sie erwarten können.

Vorbilder aus der Verwaltung

Mit gutem Beispiel sind bereits zentrale Einrichtungen vorangegangen: Das Landratsamt Aschaffenburg beteiligt sich mit sechs Standorten an der Aktion. Auch die Stadt Aschaffenburg hat sich offiziell mit ihrem Bildungsbüro angeschlossen.

„Als öffentliche Verwaltung möchten wir ein Zeichen setzen und zeigen, dass Familienfreundlichkeit nicht an der Bürotür enden darf. Mit der Teilnahme des Landratsamtes Aschaffenburg gehen wir mit gutem Beispiel voran und machen deutlich: Familien mit kleinen Kindern sind bei uns willkommen“, betont Landrat Dr. Alexander Legler.

Mitmachen ist einfach

Die Initiative richtet sich ausdrücklich an eine breite Palette von Einrichtungen: Geschäfte, Cafés, Restaurants, Praxen, Vereine, Kirchen, Bibliotheken und öffentliche Einrichtungen können teilnehmen. Die Anforderungen sind bewusst niedrigschwellig: Wer entweder eine Sitzgelegenheit zum Stillen, Füttern sowie eine Wickel- oder Toilettenmöglichkeit anbieten kann (oder beides), erfüllt die Kriterien bereits. Der Aufkleber wird den teilnehmenden Orten kostenlos zur Verfügung gestellt.

Öffentlichkeitsarbeit für Familien

Bevor die Aktion offiziell für Familien startet, läuft derzeit die Phase der Partnergewinnung. Dafür wurde der Startschuss bewusst zur Weltstillwoche gesetzt, um die Verbindung zu den Themen Stillen und Familienfreundlichkeit herzustellen. In den kommenden Wochen und Monaten wird das Projekt über verschiedene Kanäle beworben. Bereits in der ersten Woche haben sich 25 Einrichtungen gemeldet, die mitmachen wollen. Anschließend wird das Angebot gezielt über Kindertageseinrichtungen, Hebammen, Beratungsstellen und Arztpraxen beworben, um Eltern direkt zu erreichen und auf die Aktion aufmerksam zu machen.

Initiatorinnen

Die Initiative zeigt exemplarisch, wie kommunale Zusammenarbeit funktionieren kann. Getragen wird das Projekt von der Gesundheitsregion^{plus} Landkreis und Stadt Aschaffenburg, der Gleichstellungsstelle des Landkreises sowie dem Fachbereich Präventive Jugendhilfe des Landratsamtes. Diese Kombination macht deutlich: Familienfreundlichkeit ist kein Randthema, sondern betrifft viele Lebensbereiche – von Gesundheit über Gleichstellung bis hin zur Jugendhilfe. Langfristig soll ein dichtes Netz an „Familienfreundlichen Orten“ entstehen, das die gesamte Region abdeckt. Davon profitieren nicht nur Eltern, sondern auch die beteiligten Einrichtungen: Sie tragen aktiv zu einem kinderfreundlichen Klima in Landkreis und Stadt bei.

„Mit Kleinkind willkommen“ ist ein Projekt, das mit einfachen Mitteln eine große Wirkung entfalten kann. Mit einem Aufkleber und einem klaren Signal schaffen teilnehmende Einrichtungen Vertrauen und Erleichterung im Alltag von Eltern. Zugleich bietet die Initiative ein Modell, das sich unkompliziert auch auf andere Kommunen übertragen lässt.

Einbettung in ein umfassendes Unterstützungsnetz

Das Projekt „Mit Kleinkind willkommen“ steht nicht für sich allein, sondern ist Teil einer breit angelegten Strategie, Familien von Anfang an bestmöglich zu begleiten.

Eingebettet ist es in die Initiative „Von Anfang an – Hilfe für Familien von Profis“, die in der Gesundheitsregion^{plus} Landkreis und Stadt Aschaffenburg gestartet wurde. Ziel dieser Initiative ist es, werdenden Eltern und jungen Familien den Zugang zu professioneller Unterstützung und Beratung deutlich zu erleichtern.

Ein zentrales Instrument ist dabei der neue digitale Zugang: Seit Oktober 2024 soll in jedes Kinder-Untersuchungsheft (U-Heft) und jeden Mutterpass, die in der Region ausgegeben werden, ein Etikett mit einem QR-Code eingeklebt werden. Dieser QR-Code führt direkt auf die Webseite www.anfang-an.de, die Eltern und werdenden Eltern ge-



Projektauftakt „Mit Kleinkind willkommen“ mit Landrat Dr. Alexander Legler sowie den Initiatorinnen Caroline Ruck (Gleichstellungsstelle), Monika Gabel (Gesundheitsregion^{plus}) und Katinka Menzel (Präventive Jugendhilfe)
(Copyright: Gesundheitsregion^{plus} Landkreis und Stadt Aschaffenburg)



Flyer zum Angebot „Von Anfang an“
(Copyright: Gesundheitsregion^{plus} Landkreis und Stadt Aschaffenburg)

bündelte Informationen und Hilfen an die Hand gibt. Die Etiketten werden über Geburtskliniken und Frauenarztpraxen verteilt und erreichen damit die Familien unmittelbar in einer besonders sensiblen und prägenden Lebensphase.

Die neu geschaffene Webseite ist ein niedrigschwelliger Wegweiser zu relevanten Anlaufstellen. Dort finden Eltern Informationen zu körperlicher Gesundheit, psychischem Wohlbefinden, Schwangerschaft und Mutterschaft sowie präventiven Angeboten. Im Mittelpunkt steht die Orientierung: Eltern sollen auf einen Blick erkennen, welche Stellen fachlich fundierte Beratung anbieten – unabhängig von kommerziellen Interessen.

Alle verlinkten Dienste und Hilfsangebote sind wissenschaftlich fundiert, anerkannt und überwiegend staatlich finanziert. Damit wird sichergestellt, dass Eltern verlässliche Informationen und qualifizierte Unterstützung erhalten, ohne zusätzliche Kosten tragen zu müssen. Das Portfolio reicht von Beratungsstellen über Fachkräfte aus dem medizinischen und psychologischen Bereich bis hin zu Angeboten der Jugendhilfe und Familienbildung.

Hervorzuheben ist die breite Trägerschaft der Strategie: Sie wurde unter dem Dach der Gesundheitsregion^{plus} auf gemeinsame Initiative der KoKi-Koordinierungsstellen und der Familienbildung des Landkreises und der Stadt Aschaffenburg, des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. Aschaffenburg, des Bayerischen Hebammen Landesverbandes e.V. sowie der Gleichstellungsstelle des Landkreises Aschaffenburg entwickelt. Diese breite institutionelle Basis sichert nicht nur die fachliche Qualität, sondern auch die regionale Verankerung und Akzeptanz.

Perspektive

Beide Projekte ergänzen sich und zeigen, wie Landkreise und Städte durch Kooperation, klare Kommunikation und sichtbare Zeichen für Familienfreundlichkeit das Leben von Eltern spürbar erleichtern können. Nicht zuletzt ist auch dieser Ansatz übertragbar: Mit klarer Struktur, starker regionaler Verankerung und niedrigschwelligen Angeboten bietet die Gesundheitsregion^{plus} Landkreis und Stadt Aschaffenburg ein Modell, das Vorbildcharakter für andere Regionen in Bayern und darüber hinaus haben kann.

(LRA Aschaffenburg)

Neue Integrierte Leitstelle im Landkreis Ansbach setzt Maßstäbe

Die neue Integrierte Leitstelle (ILS) Ansbach in Brodswinden ist fertiggestellt. Sie zählt zu den modernsten Leitstellengebäuden Bayerns und markiert einen Meilenstein für die Hilfeleistung in den Landkreisen Ansbach und Neustadt/Aisch-Bad Windsheim sowie in der Stadt Ansbach. Die drei Gebietskörperschaften arbeiten im Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF) Ansbach zusammen. Der ZRF ist Bauherr der neuen Integrierten Leitstelle. Dort soll der Regelbetriebs Anfang Dezember 2025 beginnen.

Der ZRF realisierte das Projekt mit einer Investition von rund 33 Millionen Euro, erklärte ZRF-Vorsitzender und Landrat Dr. Jürgen Ludwig bei der feierlichen Eröffnung. Die Kostenprognose vom August 2022 konnte eingehalten werden. Da für den Bau selbst keine staatliche Förderung bereitstand, trägt der ZRF etwa 30 Millionen Euro der Summe – der größte Anteil entfällt entsprechend dem Bevölkerungsanteil auf den Landkreis Ansbach.

Als Ehrengast würdigte Regierungspräsidentin Dr. Kerstin Engelhardt-Blum die Leistung hinter dem Pro-



Im Einsatzleitraum der neuen Integrierten Leitstelle (von links): Landrat Dr. Jürgen Ludwig, Regierungspräsidentin Dr. Kerstin Engelhardt-Blum, Landrat Dr. Christian von Dobschütz, Oberbürgermeister Thomas Deffner, ZRF-Geschäftsleiter Thomas Müller und Dominik Wenninger, Leiter der Integrierten Leitstelle.

(Foto: LRA Ansbach/Fabian Hähnlein)

Landrat Dr. Ludwig betonte, dass mit der neuen Leitstelle nicht nur ein Gebäude eröffnet werde, sondern ein Stück Zukunft für die Sicherheit der gesamten Region. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ILS steuern die Informationsdrehscheibe für Rettungsdienst, Feuerwehr und weitere Akteure in Hilfeleistung und Gefahrenabwehr – und dies an 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr. Der Landrat zeigte sich sicher, „dass die Mitarbeiter diesen neu geschaffenen Ort so mit Leben erfüllen werden, dass er viele weitere Leben schützen und retten kann“. Mit Blick auf die technische Umsetzung hob er hervor, dass hier modernstes Bauen mit fortschrittlicher Gebäudetechnik verbunden werde: Die Abwärme der Serverräume werde für das Gebäude genutzt, gleichzeitig Sorge maximale Sicherheitstechnik mit Zutrittskontrollen und Schleusen dafür, dass die Leitstelle selbst dann funktioniere, „wenn woanders die Lichter ausgehen“. Mit dieser Leitstelle sei in Bayern ein Maßstab gesetzt worden. Andere Leitstellenbetreiber stünden vor ähnlichen Aufgaben und hätten bereits zum Informationsaustausch angefragt. Dr. Ludwig dankte allen Beteiligten für den unfallfreien Bauablauf, die Kosten- und Zeitdisziplin sowie die hohe Qualität der Umsetzung.

jekt. Sie sprach von einem besonderen Tag, an dem eine Investition in die Zukunft gefeiert werde. Die finanzielle Punktlandung und die bauliche Komplexität beeindruckten sie besonders. Sie zeigte sich überzeugt, dass die Region mit diesem Neubau bestens für künftige Herausforderungen gerüstet sei – ob für Katastrophen, Großveranstaltungen oder alltägliche Notfälle. In technischer wie funktionaler Hinsicht sei der ZRF hervorragend aufgestellt.

Die neue Leitstelle, ein Versprechen an die Menschen

Für den Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim hob Landrat Dr. Christian von Dobschütz hervor, dass es bei der neuen Leitstelle nicht nur um ein Gebäude



gehe, sondern um ein Versprechen an die Menschen. Zwischen Steigerwald und Hesselberg könnten sie sich darauf verlassen, dass schnellstens Hilfe organisiert werde, sobald sie die 112 wählen. Die Investition in die Sicherheit der Bevölkerung sei ein gemeinsamer Erfolg im ZRF. Einen wichtigen weiteren Baustein stelle die geplante Einführung der smartphonebasierten Ersthelfer-App „Region der Lebensretter“ dar, die ab Frühjahr 2026 bei medizinischen Notfällen noch schnellere Hilfe ermöglichen solle. Über die Leitstelle würden registrierte Ersthelferinnen und Ersthelfer in unmittelbarer Nähe alarmiert, um die Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes zu überbrücken. „Wir investieren damit nicht nur in Beton, Glas und Technik, sondern zugleich in eine Kultur des Hinschauens“, fasste Landrat Dr. von Dobschütz zusammen.

Sicherheit von über 330.000 Menschen

Oberbürgermeister Thomas Deffner ging auf die steigenden Einsatzzahlen ein, die unter anderem durch die sich verändernde medizinische Versorgungslage beeinflusst würden. Mit dieser Entwicklung müsse die Region umgehen, und die Stadt Ansbach stelle als Betreiber das qualifizierte Personal für die Leitstelle bereit. Zugleich betonte er den Stolz der Stadt Ansbach, eine so leistungsfähige und moderne Leitstelle im Stadtgebiet zu haben, und verwies darauf, dass auch im Zivilschutz große Aufgaben bevorstünden.

Die Segnung des neuen Gebäudes nahmen die Pfarrer Laurent Koch (Pfarrverband Burgheide) und Sebastian Schiling (Evang.-luth. Kirchengemeinde St. Bartholomäus Ansbach-Brodswinden) vor. Ein Geschenk zur Eröffnung überbrachte Sven Uhmann, Stationsleiter der Rettungshubschrauberstation in Dinkelsbühl-Sinbronn.

Mit dem Neubau erhält die Region eine hochmoderne Schaltstelle für Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, ausgelegt für inzwischen rund 75.000 Einsätze pro Jahr. Die Leitstelle verfügt über zehn Einsatzleitplätze und einen Sondereinsatzleitplatz sowie eine Erweiterungsoption für die Zukunft. Nachhaltige Gebäudetechnik, hohe Energieeffizienz, umfassende Digitalisierung und strenge Sicherheitsmaßnahmen kennzeichnen das Projekt als wichtigen Baustein für die Sicherheit von über 330.000 Menschen.

(LRA Ansbach)



Keep Water 4 Later: Schon heute Wasser für morgen speichern

Der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen hat den Antrag „LIFE KeepWater4Later“ bei der EU eingereicht. Bei einer großen Pressekonferenz mit Landrat Manuel Westphal, Bürgermeistern aus beteiligten Kommunen, Vertretern des Wasserwirtschaftsamts Ansbach, der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, dem Institut für Fischerei der Landesanstalt für Landwirtschaft, des ALE und des AELFs wurde das ehrgeizige Projekt am kunststoffcampus in Weißenburg vorgestellt. Unter anderem brach AELF-Leiterin Ingrid Bär eine Lanze für das LIFE-Projekt (EU-Förderprogramm LIFE (L'Instrument Financier pour l'Environnement)): „Das ist eine ganz tolle Geschichte, so stelle ich mir die aktive Mitgestaltung des Klimawandels vor. Das ist eine super Zusammenarbeit!“

Gemeinsam mit zehn Kommunen, dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach, der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und dem Institut für Fischerei der Landesanstalt für Landwirtschaft wurde ein Projekt erarbeitet, das zukunftsweisende Wasserhaushaltslösungen bietet. Damit soll die erste Säule von Klimaresilienz in Altmühlfranken umgesetzt werden. Das Gesamtbudget von vier Millionen Euro soll in innovative Pilotmaßnahmen in zehn beteiligten Gemeinden fließen. Ziel von „KeepWater4Later“ ist es, durch naturbasierte Technologien und bestehende Infrastruktur die lokalen Wasserreserven und den Landschaftswasserhaushalt nachhaltig zu stärken. Die Maßnahmen fokussieren sich auf Wassermanagement durch Wasserrückhalt in der Fläche zur Höhung der Grundwasserneubildung und Vorbeugung von Hochwasser sowie auf die Speicherung von Regenwasser zur Bewässerung öffentlicher Flächen – ohne kostbares Trinkwasser zu verbrauchen. Auch die Reaktivierung stillgelegter Infrastrukturen oder die Neuanlegung von Teichen, Gräben oder Rückhaltebecken spielt eine zentrale Rolle. Traditionelle Techniken sollen dabei an heutige Bedürfnisse angepasst werden.

Über vier Jahre hinweg sollen die Akteure aus Verwaltung, Landwirtschaft, Naturschutz und Wissenschaft eng zusammenarbeiten. Informationskampagnen sollen bewirken, dass die Ergebnisse und Erfahrungen aus den Projekten auch in der Region bzw. auch darüber hinaus verbreitet werden und damit ein Bewusstsein geschaffen wird. Die verstärkte Zusammenarbeit soll nicht nur die Auswirkungen des Klimawandels abfedern, sondern auch die Wasserversorgung der Region nachhaltig sichern. Insgesamt könnten durch das Pro-

jekt rund 500.000 Kubikmeter Wasser zur Wiederverwendung und Rückhaltung gespeichert werden. Der Anlass für „LIFE KeepWater4Later“ ist der Klimawandel, der auch in Bayern jetzt schon spürbare Folgen zeigt: So nehmen Hitzeperioden, Starkregen, Dürre und Überschwemmungen Jahr für Jahr zu.

Während die Alpenregionen noch über ausreichend Wasser verfügen, leiden nördlichere Gebiete wie das Fränkische Becken schon jetzt unter zunehmender Trockenheit. Dies erhöht den Handlungsdruck für ein zukunftsfähiges Wassermanagement erheblich. „Unser Überleitungssystem spielt hier natürlich schon die wichtigste Rolle, jedoch muss mit Blick auf die zunehmenden Wetterextreme die Landschaft angepasst und umgebaut werden. Mit dem LIFE-Projektantrag haben wir tolle Maßnahmen entwickelt, die so auch für andere Regionen einfach und ohne hohe Kosten umsetzbar sein können“, verdeutlicht Felix Prosiegel vom Wasserwirtschaftsamt Ansbach.

In zahlreichen Workshops wurden gemeinsam mit Kommunen, Verbänden und Fachbehörden Maßnahmen erarbeitet, die Landwirtschaft, Naturschutz und der Bevölkerung gleichermaßen zugutekommen. Landrat Manuel Westphal, die Mitarbeitenden des Landratsamtes und Vertreter des Wasserwirtschaftsamts Ansbach (WWA) haben mögliche Standorte vor Ort besichtigt und konkrete Projektideen entwickelt.

Naturnahe Lösungen und alte Infrastruktur nutzen

Ein wichtiger Partner im Projekt ist auch das Institut für Fischerei, da das Konzept der Bewässerungsteich-

wirtschaft an einigen Standorten ausprobiert werden soll. Also der Wasserrückhalt in einem Teich, der für die Karpfenteichwirtschaft genutzt werden kann und gleichzeitig für Bewässerungszwecke – ein Vorteil für Fischereivereine und Biodiversität, wie auch Dr. Martin Oberle vom Institut für Fischerei in Höchststadt an der Aisch erklärte. Der Wissenschaftler, der im Bereich der ökologischen Fischerei forscht, war ebenfalls voll des Lobes für das Projekt, das der Landkreis an Land ziehen will: „Was Sie da in kurzer Zeit geschaffen haben, das ist ganz toll.“

Neben der Wiederbelebung von Teichen und Gräben zur Wasserspeicherung sollen auch steuerbare Drainagen und sogenannte Keyline-Flächen zur gezielten Wasserlenkung und den Wasserrückhalt in Fläche eingesetzt werden. Dafür sollen – nach Förderzusage – auch Zuschüsse bereitgestellt werden. Auch Gräben, die nicht als Gewässer eingestuft sind, sollen im Rahmen des Projekts für weiteren Wasserrückhalt genutzt werden. Landrat Manuel Westphal warb vorab persönlich in vielen Gemeinderäten für die Projektteilnahme. Das Ergebnis: Zehn Kommunen mit über 30 Projektstandorten machen mit, darunter alle VG Altmühltal-Gemeinden sowie Heidenheim, Westheim, Treuchtlingen, Gunzenhausen, Pfofeld und Nennslingen. Auch Nennslingens Bürgermeister Bernd Drescher hält das Projekt für mehr als sinnvoll: „Wasser wird uns in Zukunft alle noch viel mehr beschäftigen als heute.“

Zusätzlich zu den Fördermöglichkeiten für Kommunen sind auch Maßnahmen für Privatpersonen geplant, etwa für smarte Drainagen oder die Umnutzung von Güllegruben als Wasserspeicher. Auch die Landwirte profitieren durch kontrollierte Bewässerung und neue Anbaumethoden, die die Bodenqualität verbessern. Technische und ökologische Maßnahmen greifen ineinander, um sowohl Trockenheit als auch Sturzfluten zu begegnen. Ziel ist eine resiliente Landschaft mit stabilen Wasserhaushalten und einer verminderten Erosion.

Forschung und Übertragbarkeit

Eine Besonderheit des Projekts ist die enge Kooperation zwischen den Kommunen, Behörden, Naturschutz, der Jägerschaft, der Fischerei, der Landwirtschaft und der Wissenschaft. Die Hochschule Weihenstephan-Triesdorf übernimmt das Monitoring und die Evaluation. Auch das Institut für Fischerei wird durch Planungsarbeiten unterstützen. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Handbücher sollen die Erkenntnisse auch anderen europäischen Regionen zur Verfügung gestellt

werden. „Das Projekt ist so konzipiert, dass seine Ansätze übertragbar und anpassbar sind. Die Anbindung an bestehende Netzwerke, zum Beispiel auch an uns als HSWT, soll eine schnelle Verbreitung fördern. Damit setzt das Projekt aus unserer Sicht ein starkes Signal für nachhaltige Wasser- und Landschaftspolitik im ländlichen Raum“, betonte Professor Kristian Förster. Die Übertragbarkeit und Weiterverbreitung der Ergebnisse wird u.a. durch die enge Kooperation mit den verschiedenen Verbänden wie dem LBV, dem LPV, dem BLSV oder dem BBV sichergestellt.

„Die breite Allianz aus Wissenschaft, Kommunen, Landnutzer und Naturschutz ist eine Win-win-Situation für alle: Wasserressourcen werden effizienter genutzt, die Artenvielfalt gefördert und die Bevölkerung besser geschützt“, ist Landrat Westphal überzeugt.

Ein Modell für die Zukunft

Das Projekt zeige, wie ganz Altmühlfranken zu einer zukunftsfähigen Landschaft werden könne – als Vorbild für andere Regionen. Ob die EU den Antrag bewilligt, entscheidet sich im späten Frühjahr 2026.

Westphal ist überzeugt: „Schon jetzt haben wir ein tragfähiges Konzept in der Hand, mit dem auch ohne Förderung zahlreiche kleinere Maßnahmen umgesetzt werden können, die in Summe Großes bewirken.“

Er dankte allen Beteiligten – insbesondere dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach für seine enge Unterstützung, aber auch den Mitarbeitenden der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt, den weiteren Projektverantwortlichen, der Zukunftsinitiative Altmühlfranken bis hin zur HSWT und dem Institut für Fischerei – für ihren Einsatz: „Gemeinsam können wir etwas Großes erreichen.“

Hintergrundinformationen zum Projekt Klimaresilienz in Altmühlfranken:

In zahlreichen Workshops und Veranstaltungen hat der Landkreis gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren ein Projekt erarbeitet, das das Thema Wasser ganzheitlich angehen will. Das Projekt „Klimaresilienz in Altmühlfranken“ basiert auf 5 Säulen:

1. Landschaftswasserhaushalt: Ein Bestandteil der Säule 1 ist der beschriebene Förderantrag im EU-Förderprogramm LIFE (L'Instrument Financier pour l'Environnement). Durch die Projekte wird der Landschaftswasserhaushalt verbessert, um zum Beispiel Wasser für lange Trockenphasen zu speichern oder einen langsamen Abfluss zu ermöglichen, wovon auch die Grundwasserneubildung profitiert. Die Landschaft wäre so auch besser auf Starkregenereignisse vorbereitet.

Weitere Maßnahmen neben dem Förderantrag werden gemeinsam mit den Projektpartnern entwickelt.

2. Hochwasserresiliente Siedlungsstrukturen: Gemeinsam mit dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach werden die Kommunen für den Hochwasserschutz – sowohl technisch als auch über natürliche Rückhaltungsmöglichkeiten in der Landschaft (s. Säule 1) sensibilisiert, beraten und bei der Umsetzung unterstützt.

3. Nachhaltige Tiefengrundwassernutzung: Im Landkreis nutzen öffentliche Wasserversorger sowie ein privater Getränkehersteller den Grundwasserkörper des „Überdeckten Sandsteinkeupers“, die derzeitigen Entnahmen übersteigen das nutzbare Dargebot. Auch um die Versorgungssicherheit der bestehenden, orts-nahen Wasserversorgungsstrukturen zu steigern, geht der Landkreis gemeinsam mit dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach neue Wege. Alle Nutzer haben gemeinsam Alternativen zur derzeitigen Entnahme ermittelt oder Einsparmöglichkeiten genutzt, um die Entnahme im Tiefengrundwasser zu reduzieren.

4. Klimaresiliente Gewässer: Durch die höheren Temperaturen im Sommer erwärmen sich alle Gewässer stark, was sich auf alle Lebewesen und den Gewässerzustand auswirkt. Mit der Altmühl gibt es ein landschaftsprägendes Fließgewässer im Landkreis, das aufgrund seiner geringen Fließgeschwindigkeit besonders vom Klimawandel betroffen ist. Gemeinsam mit dem Wasserwirtschaftsamt Ansbach und vielen weiteren Partnern sollen hier ebenfalls Verbesserungen an allen Gewässern, insbesondere auch an den kleinen Gewässern 3. Ordnung erreicht werden.

5. Informationskampagne: Jeder kann etwas dazu beitragen, um die wertvolle Ressource Wasser zu schützen. Deswegen initiiert der Landkreis eine umfassende Informationskampagne rund um die Ressource Wasser. Die Informationskampagne startet im Herbst 2025 und wird vom Regionalmanagement gefördert.

Zu den einzelnen Säulen haben sich auch Projektgruppen formiert, deren Teilnehmende aus ganz verschiedenen Sektoren aus dem Landkreis kommen – schließlich wirken sich die Säulen positiv auf alle Bereiche aus: Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Wasserwirtschaft, Fischerei, Jägerschaft, aber natürlich auch die Bevölkerung, weshalb bei den Planungen und Umsetzungen alle Akteure über die Beteiligung von Behörden, Kommunen und Verbänden vertreten sind. Auch Vertreter der Fraktionen des Kreistags sind in den Projektgruppen vertreten.

(LRA Weißenburg-Gunzenhausen)



„LIFE KeepWater4Later“: So heißt der EU-Antrag, der bei seiner offiziellen Vorstellung am **kunststoffcampus** unter anderem auch bei den Bürgermeistern im Landkreis auf breite Zustimmung stieß. Wenn alles nach Plan läuft, könnte das Projekt im Sommer 2026 bereits in Altmühlfranken starten. (Foto: LRA Weißenburg-Gunzenhausen/Markus Steiner)

Vorreiter bei der digitalen Verwaltung – Landkreis Regensburg ist Pilotkommune

Der Landkreis Regensburg übernimmt eine Schlüsselrolle bei der Verwaltungsdigitalisierung: Als eine von nur sechs Pilotkommunen in Bayern wurde er ausgewählt, gemeinsam mit Bund und Freistaat die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung voranzutreiben.

Schnellere und bürgerfreundlichere Services

Mit dem Start der Kooperation zwischen dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) und dem Bayerischen Staatsministerium für Digitales (StMD) beginnt ein Projekt, das neue Maßstäbe setzen soll. Ziel der Kooperation ist es, das Angebot an digitalisierten Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen signifikant zu steigern und die entwickelten EfA-Online-dienste in die Fläche zu bringen.

„Digital, bürgernah und zukunftsorientiert“

Landrätin Tanja Schweiger betont die Bedeutung der Auswahl: „Dass der Landkreis Regensburg als Pilotkommune ausgewählt wurde, ist ein starkes Zeichen für unsere Vorreiterrolle in der Digitalisierung. Wir zeigen, wie moderne Verwaltung heute funktioniert – digital, bürgernah und zukunftsorientiert. Die Auswahl als Pilotkommune ist zugleich Anerkennung und Ansporn: Wir bringen unsere Erfahrungen aktiv ein, um gemeinsam mit Bund und Ländern praxisnahe Lösungen zu ermöglichen, die Bürgerinnen und Bürgern im ganzen Land echten Mehrwert bieten.“

Landkreis Regensburg als Impulsgeber für Bayern und Deutschland

Auch der Bayerische Staatsminister für Digitales, Dr. Fabian Mehring, hebt die Bedeutung des Projekts hervor: „Bayern ist nicht nur der Geburtsort des ersten Digitalministeriums Deutschlands – wir sind auch Taktgeber bei der Verwaltungsdigitalisierung und Motor einer Digitalwirtschaft, die europaweit Maßstäbe setzt.“

Gemeinsam mit dem Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung Dr. Karsten Wildberger wollen wir das nächste Kapitel dieser Erfolgsgeschichte aufschlagen: mutig, innovativ und mit einer klaren Vision für die digitale Zukunft Deutschlands. Der Landkreis Regensburg nimmt dabei unter den Kommunen im Freistaat eine Spitzenstellung ein. Ich freue mich sehr, dass seine Expertise und Erfahrungen nun in unsere Kooperation mit dem Bund einfließen.“

Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt – enge Abstimmung erforderlich

Der Besuch des BMDS und des StMD im Landkreis Regensburg diente insbesondere dazu, Praxiserfahrungen zur Nachnutzung von Online/EfA-Diensten zu sammeln. Dabei zeigte sich: In den Bereichen Unterhaltsvorschuss, Verkehr und Wohngeld wird die Nachnutzung von Online-Diensten oftmals durch Kleinigkeiten erschwert – etwa fehlende Schnittstellen oder uneinheitliche Formularstrukturen. Diese Erkenntnisse verdeutlichen, dass künftig eine noch engere Abstimmung zwischen Bund, Land und Kommunen erforderlich ist, um digitale Verwaltungsprozesse dauerhaft zu optimieren.

Kooperation als Erfolgsfaktor

Zum Abschluss des Besuchs fand ein gemeinsamer Austausch mit Landrätin Tanja Schweiger, dem Geschäftsleiter und Vertreter der Landrätin im Amt, Maximilian Sedlmaier, Abteilungsleiter Harald Hillebrand und Teamleiter Alexander Völkl statt. Sedlmaier betonte dabei die Bedeutung der Kooperation zwischen Bund, Land und Kommunen. Alle Beteiligten unterstrichen die Vorteile eines abgestimmten Vorgehens und bekräftigten das gemeinsame Interesse, die Zusammenarbeit weiter auszubauen und die Digitalisierung der Verwaltung konsequent voranzubringen. Dabei wurde deutlich: Durch den direkten Kontakt zu den be-



V.l.: Alexander Völkl (Sachgebiet Digitalisierung), Martina Zunhamer (StMD), Maximilian Sedlmaier (Geschäftsleitung Landratsamt Regensburg), Landrätin Tanja Schweiger, Dr. Pamela Müller-Niese (Referatsleiterin des BMDS), Elisabeth Frank (Sachgebiet Digitalisierung), Nicole Goltz (Sachgebiet Digitalisierung)
(Foto: Massi / LRA Regensburg)

teiligten Ministerien erhofft sich der Landkreis Regensburg, seine kommunalen Erfahrungen künftig noch gezielter einbringen zu können – mit dem Ziel, die Online-Angebote für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Mitarbeitenden in den Verwaltungen nachhaltig zu verbessern.

Sechs Kommunen gestalten die Zukunft

Neben dem Landkreis Regensburg sind auch die Städte Aschaffenburg und Augsburg, der Landkreis Kelheim sowie der Markt Meitingen und die Gemeinde Pullach Teil des Pilotprojekts. In Workshops und Pro-

jektrunden werden zentrale Herausforderungen erhoben und Best-Practice-Ansätze für eine bessere Flächendeckung von Onlineservices erarbeitet.

Praxisnahe Lösungen mit Vorbildcharakter

Am Ende des Pilotprojekts soll eine Blaupause für den weiteren Ausbau digitaler Verwaltungsleistungen erarbeitet werden – im Landkreis Regensburg, in Bayern und bundesweit.

(LRA Regensburg)

Geburtstage



Landrat **Thomas Ebeling** hat am 20. Oktober seinen 50. Geburtstag gefeiert. Bevor er 2014 erstmals zum Landrat des Landkreises Schwandorf gewählt wurde, war er unter anderem Rechtsanwalt, Richter am Amtsgericht Viechtach, Leiter des Referats für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen der CSU-Landtagsfraktion, Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Regensburg sowie Parlamentarischer Berater der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag für den Untersuchungsausschuss BayernLB/HGAA. Zuletzt war er Richter am Amtsgericht Schwandorf. Seit 2014 engagiert sich der Schwandorfer Landrat im Landesausschuss des Bayerischen Landkreistags sowie im Ausschuss für Recht und Bildung, wo seine juristische Kompetenz von unschätzbarem Wert ist.



Den 80. Geburtstag feierte Kreisrat **Erhard Hildner** am 22. Oktober 2025. Seit 2020 bringt er seine langjährige kommunalpolitische Erfahrung im Landesausschuss des Bayerischen Landkreistags ein. Der Landwirt startete sein politisches Engagement bereits 1972 als Gemeinderat in Reichenbach. Nach der Eingemeindung nach Wartenfels wirkte er dort ab 1975 als Gemeinderat und 3. Bürgermeister. Mit der weiteren Eingemeindung nach Presseck übernahm er ab 1978 das Amt des Gemeinderats und 2. Bürgermeisters, bevor er schließlich von 1980 bis 2008 als ehrenamtlicher 1. Bürgermeister des Marktes Presseck Verantwortung trug. Seit 1978 gehört Erhard Hildner ununterbrochen dem Kreistag Kulmbach an. Von 1990 bis 2008 diente er zudem als Stellvertretender Landrat. Für sein jahrzehntelanges Engagement wurde ihm u.a. 2005 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.



Landrätin **Sabine Sitter** feierte am 15. November 2025 ihren 50. Geburtstag. Vor ihrer erstmaligen Wahl 2020 zur Landrätin des Landkreises Main-Spessart war sie viele Jahre als Klinische Sozialarbeiterin für den Bezirk Unterfranken tätig. Von Oktober 2005 bis März 2016 leitete sie dann die Sozialpädagogische Abteilung, bevor sie 2018 als Soziotherapeutin in den therapeutischen Bereich zurückkehrte. Auch kommunalpolitisch engagierte sich Sabine Sitter bereits früh: Von 2014 bis 2020 war sie Kreisrätin und Stellvertreterin des Landrats im Landkreis Main-Spessart. Seitdem bringt sie sich beim Bayerischen Landkreistag aktiv im Landesausschuss sowie im Ausschuss für Gesundheit und Soziales ein. Durch ihre langjährigen beruflichen Erfahrungen mit besonders sensiblen sozialen Fragestellungen verfügt Landrätin Sitter über einen einzigartigen Blick auf die Herausforderungen der kommunalen Gesundheits- und Sozialpolitik.



Am 17. November 2025 wurde Landrat **Albert Gürtner** 65 Jahre alt. Der 2020 erstmals zum Landrat des Landkreises Pfaffenhofen a.d. Ilm gewählte Diplom-Wirtschaftsingenieur (FH) war seit 1984 bei der Firma Hipp tätig gewesen – in der Produktionsplanung und Koordination europäischer Standorte. Parallel zu seiner beruflichen Laufbahn engagiert er über Jahrzehnte kommunalpolitisch: 2002 wurde er Stadtrat in Pfaffenhofen a.d. Ilm, 2008 übernahm er das Amt des Zweiten Bürgermeisters der Stadt und trat gleichzeitig in die Aufsichtsräte der städtischen Wohnraumbeschaffungsgesellschaft und der Wirtschafts- und Servicegesellschaft Pfaffenhofen ein. Seit 2014 war er Kreisrat im Landkreis Pfaffenhofen. Im Bayerischen Landkreistag bringt er seit 2020 sein Fachwissen und seine langjährigen Erfahrungen insbesondere im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr ein.





Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de